
Kulturentwicklungsplanung für die Landeshauptstadt Düsseldorf

Kulturpolitische Schwerpunkte, Kontroversen
und Entscheidungsprozesse

Im Auftrag der Landeshauptstadt Düsseldorf

:DÜSSELDORF

Juni 2017

Projektleitung:

Dr. Patrick S. Föhl

Institut für Kulturpolitik der
Kulturpolitischen Gesellschaft

Weberstr. 59a

53113 Bonn

Internet: www.kupoge.de



Autorin:

Christine Wingert, M.A.

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse	7
2	Ziele, Gegenstand und Methoden	4
3	Vielfalt kulturpolitischer Themen.....	48
4	»Heiße« Themen und »Dauerbrenner«.....	11
4.1	Leuchttürme der Darstellenden Kunst.....	11
4.1.1	Schauspielhaus – »Dauerbaustelle«	11
4.1.2	Deutsche Oper am Rhein – eine Erfolgsgeschichte	14
4.2	Vielfältige Museumslandschaft.....	16
4.2.1	Museum Kunstpalast – ein prominentes PPP-Modell	16
4.2.2	Strukturreform der Museen	20
4.2.3	Quadriennale – Fest der bildenden Kunst	24
4.3	Masterplan Kulturbauten	26
4.4	Kulturelle Teilhabe.....	27
4.4.1	Kulturelle Bildung, Kunst- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche	27
4.4.2	Barrieren abbauen.....	30
4.5	Kunst im öffentlichen Raum	36
4.6	Künstlerateliers und Proberäume.....	39
4.6.1	Künstlerateliers	39
4.6.2	Proberäume für Musikszene	40
4.6.3	Proberäume für freie Tanz- und Theaterszene	42
4.7	Kulturmarketing und Stadtmarketing mit Kultur.....	43
4.7.1	Sichtbarkeit des Kunst- und Kulturangebotes in der Stadt.....	43
4.7.2	Düsseldorfs Profil als Kunst- und Kulturstadt	46
5	Beobachtungen zu Entscheidungsprozessen	50
	Quellenverzeichnis	55

1 Gegenstand, Methoden und Ziele

Der vorliegende Beitrag, der im Rahmen des Düsseldorfer Kulturentwicklungsprozesses 2015 bis 2017 entstand, skizziert – in Form eines kulturpolitischen Narrativs – rund zehn Jahre Kulturpolitik in Düsseldorf. Tiefenbohrungen gleich werden sieben Themen vertieft, die in diesem Zeitraum von besonderer Relevanz waren.

Ein Blick in die kulturpolitische Vergangenheit der Landeshauptstadt Düsseldorf birgt auf mehreren Ebenen Potenziale für die Kulturentwicklungsplanung der Stadt. Er gibt unter anderem Aufschluss darüber, welche Themen schon länger gären – sei es als Konfliktfelder oder als kulturpolitische Schwerpunktsetzungen –, welche Ideen aufgebracht und verworfen wurden und welche Kräfte welche Anliegen verfolgten. Punktuell wird auch sichtbar, welche Hindernisse Entscheidungsfindungen im Wege standen.

Fünf teilstandardisierte Interviews mit Schlüsselpersonen aus den Bereichen Stadtverwaltung, Politik, Presse und Wissenschaft¹ dienten als Seismografen für relevante Themen der Düsseldorfer Kulturpolitik, denen bei der anschließenden Analyse von kulturpolitischen Materialien (insbesondere der Niederschriften der Kulturausschuss-Sitzungen) besonderes Augenmerk gewidmet wurde. Während die Interviewpartner aufgrund ihrer bis in die 1990er Jahre, teilweise bis Ende der 1970er Jahre, zurückreichenden Erfahrung große Linien der kulturpolitischen Debatte ansprechen konnten, beschränkt sich die Analyse der Niederschriften der Sitzungen des Kulturausschusses auf die Jahre 2006 bis 2015². Ergänzend wurden Kulturreporte, einschlägige Literatur, Internetseiten und zu ausgewählten Anlässen Artikel der Lokalpresse bis Februar 2017³ hinzugezogen.

Die vorliegende Darstellung kulturpolitischer Diskursstränge misst also hinsichtlich der Auswahl der Themen der Erinnerung von Entscheidungsträgern und Beobachtern der Düsseldorfer Kulturpolitik eine entscheidende Bedeutung bei. Sie waren aufgefordert, kulturpolitisch relevante Themen zu benennen. Als Relevanzkriterien wurden ihnen angeboten:

- Themen, mit denen Düsseldorf Anschluss an aktuelle künstlerisch-kulturelle Entwicklungen in Deutschland und international anstrebe,

1 Die fünf Interviews wurden im Mai 2016 geführt.

2 Wenn im Folgenden Aussagen über Themen und Debatten im Kulturausschuss getroffen werden, beziehen sich diese auf die in den Niederschriften über die Sitzungen festgehaltenen Äußerungen der Ausschussmitglieder. Zugunsten der Lesbarkeit wird darauf verzichtet, jeweils darauf hinzuweisen. Zudem ist zu bedenken, dass die Debatten im Kulturausschuss nicht wörtlich protokolliert werden.

3 In der Zeit zwischen dem Abschluss der Rechercharbeiten im Februar 2017 und der Veröffentlichung wurden zu einigen Themen, die bereits lange in der kulturpolitischen Diskussion sind (z.B. Einrichtung einer Kunstkommission oder Sanierung Düsseldorfer Schauspielhaus), Beschlüsse gefasst bzw. umgesetzt.

- Themen, mit denen sich Düsseldorf in die aktuelle gesellschaftliche und kulturpolitische Debatte einbrachte,
- Themen, die Debatten, Kontroversen und Irritationen in der Düsseldorfer Kulturpolitik auslösten.

Wird der Versuch unternommen, die Geschichte der kulturpolitisch relevanten Themen Düsseldorfs zu erzählen, ist die Frage zentral, aus wessen Perspektive diese Geschichte erzählt wird. Prinzipiell gehören nach modernem Verständnis Politik (Stadtrat und sein Kulturausschuss), Verwaltung (insbesondere Kulturdezernat und Kulturamt), die städtischen Kulturinstitute aller Sparten mit ihrem Personal, die freie Kulturszene, weitere Expertenkreise und die Kulturredakteure der regionalen Medien zum kulturpolitischen Feld einer Stadt. Daneben spielen zivilgesellschaftliche Organisationen wie Stiftungen, Vereine, Kirchen und Gewerkschaften sowie zahlreiche weitere Akteure in anderen Bereichen wie Jugend, Schule und Hochschulwesen eine die Kulturpolitik mitgestaltende Rolle.

Die vorliegende Studie konzentriert sich auf die Perspektive von Politik und Verwaltung. Dieser Fokus ergibt sich aus der Auswahl der Interviewpartner⁴ sowie aus der methodischen Festlegung auf die Protokolle der Kulturausschuss-Sitzungen als Hauptquellen für die kulturpolitische Debatte. Es wurde ein Interview mit drei aktuellen Vertreter/innen und ein Interview mit einem ehemaligen Vertreter der Kulturverwaltung durchgeführt. Des Weiteren wurden je ein Vertreter für die Bereiche Politik, Wissenschaft und Presse einzeln interviewt.

In dem Zeitraum, der von den Gesprächspartnern angesprochen wurde, stellen sich die politischen Verhältnisse folgendermaßen dar: Von 1989 bis 1999 hatten SPD und Bündnis 90/ Die Grünen die Ratsmehrheit, in den drei folgenden Legislaturperioden von 1999 bis 2014 die CDU mit der FDP. Seit 2014 bildet eine Ampelkoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP die Mehrheit im Stadtparlament. Oberbürgermeister waren in dieser Zeit Klaus Bungert (1984–1994) und Marie-Luise Smeets (1994–1999), beide SPD, Joachim Erwin (1999–2008) und Dirk Elbers (2008–2014), beide CDU.⁵ Seit 2014 ist Thomas Geisel (SPD) Stadtoberhaupt. Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff war von 1992 bis 2005 Kulturdezernent, ihm folgte 2006 Hans-Georg Lohe (beide Mitglieder der CDU). Vorsitzender des Kulturausschusses ist seit 2004 Friedrich Conzen (CDU).

Da Kulturverwaltungen zuständigkeitshalber einen Schwerpunkt ihrer Verantwortung in der Sicherung und Entwicklung der städtischen Kulturbetriebe sehen, aber auch in der öffentlichen Wahrnehmung

4 Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten, also auch nicht im Hinblick auf eine parteipolitische Ausgewogenheit. Eine solche Perspektive bliebe einer vertiefenden Studie vorbehalten.

5 Die Doppelspitze in der Stadtverwaltung mit einem Oberstadtdirektor neben dem Oberbürgermeister wurde 1999 aufgegeben. Seitdem ist der Oberbürgermeister Vorsitzender des Stadtrates und Leiter der Stadtverwaltung.

(z.B. Regional- und Lokalpresse) ein gewisser Fokus auf den Kulturinstituten liegt, spielten sparten- und einrichtungsbezogene Themen in den Interviews eine größere Rolle als gesellschaftliche Themen (z.B. Teilhabe). Anders stellt sich die thematische Gewichtung in den Protokollen der Kulturausschusssitzungen dar: Neben den sparten- und einrichtungsbezogenen Themen beziehen sich zahlreiche Anträge und Anfragen der Fraktionen auf Querschnittsthemen wie Förderung der kulturellen Bildung und Teilhabe, Künstlerförderung, Marketing für Kultur oder spartenübergreifende Kooperationen zwischen Kulturakteuren in der Stadt und ihre jeweiligen Instrumente.

Das vorliegende Narrativ knüpft aufgrund der methodischen Vorgaben an bildungsbürgerliche Erzählungen der Stadt mit Fokus auf ihre Institutionen an. Ein Narrativ von Akteuren der Freien Szene beispielsweise würde vermutlich andere Schwerpunkte setzen.

Entstehen soll somit ein – wenn auch fragmentarisches – »kulturpolitisches Narrativ«, eine Erzählung über die Düsseldorfer Kulturpolitik der letzten 10 Jahre und je nach Thematik weit darüber hinaus. Sie legt exemplarisch Entscheidungsprozesse offen, zeigt Begründungen, Brüche und Zusammenhänge auf und ist zugleich geeignet, Ansätze für ein kulturpolitisches Selbstverständnis der Stadt zu verbalisieren. Dafür ist ein kurzer historischer Rückblick vonnöten, der kulturelle Traditionslinien andeutet. Denn aus dieser Geschichte erwachsen sowohl Stolz, als auch Erwartungshaltungen und Sensibilitäten.

Damit möchte dieser Bericht ein Baustein im Kulturentwicklungsprozess Düsseldorfs sein, der Reflexionen über weiterführende Fragen unterfüttert, die die aktuellen Akteure der Kulturpolitik auf der Grundlage ihrer jeweiligen Ziele und Zukunftsvisionen führen:

- Welche Themen standen und stehen bis heute im Fokus der kulturpolitischen Debatte? Welche Themen erfordern – vor dem Hintergrund ihrer Geschichte – besondere Aufmerksamkeit und Sensibilität?
- Gab es Argumente und kulturpolitische Lösungsansätze für das eine oder andere Thema, die – aus welchen Gründen auch immer sie verworfen wurden – sich lohnen würden, wieder aufgegriffen zu werden?
- Welche Mechanismen haben in der Vergangenheit Themen befördert beziehungsweise blockiert? Welche Verfahren sollten verändert oder eingeführt werden?

2 Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse des vorliegenden Berichts zusammengefasst, der im Wesentlichen auf Grundlage von leitfadengestützten Experteninterviews und der Auswertung von Kulturaussitzungsunterlagen sowie weiterem Material (wie Presseartikeln und Internetseiten der angesprochenen Institute) zur Kulturpolitik in der Landeshauptstadt Düsseldorf entstanden ist. Betrachtet wird im Kern die Zeit von 2006 bis 2015 mit Ergänzungen aufgrund von Erzählsträngen aus den Interviews, die bis in die 1970er Jahre zurückreichen, und Materialien wie Presseartikeln, die bis Februar 2017 veröffentlicht wurden.

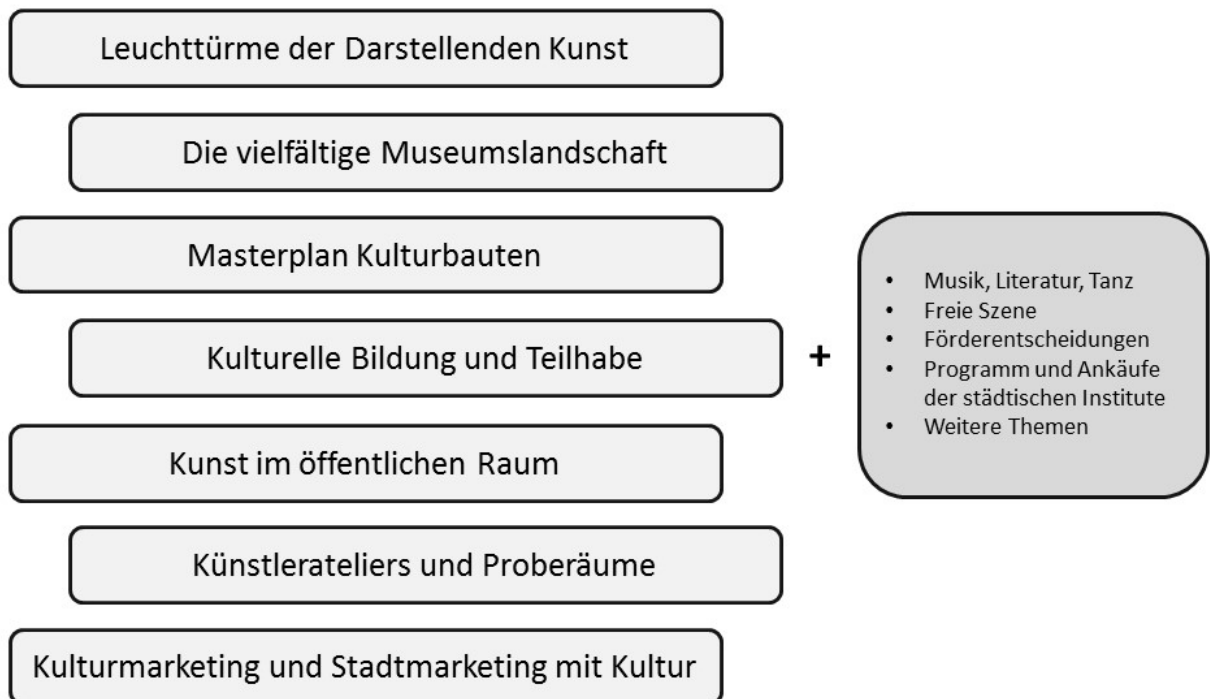


Abb.: Zentrale Themen der Düsseldorfer Kulturpolitik (eigene Abbildung).

Leuchttürme der Darstellenden Kunst

- Die Deutsche Oper am Rhein mit dem Ballett am Rhein und das Düsseldorfer Schauspielhaus haben eine besondere Bedeutung für das Selbstbewusstsein der Stadt im nationalen und internationalen Vergleich sowie für ihre Selbstdarstellung als Landeshauptstadt Düsseldorf (LHD).

- In den vergangenen zehn Jahren standen zahlreiche gewichtige Entscheidungen in beiden Instituten an: über Intendanten des Schauspielhauses, über Sanierungen von Theaterbauten für beide Einrichtungen sowie über die Fortführung der Theatergemeinschaft mit Duisburg.
- Aufgrund der großen künstlerischen, symbolischen und damit politischen Bedeutung beider Institute stehen diesbezügliche Entscheidungen in dem Spannungsverhältnis, einerseits auf höchster politischer Ebene gefällt zu werden und andererseits gleichzeitig in Teilen der Stadtgesellschaft, insbesondere aber beim Kulturausschuss, den Wunsch nach Mitsprachemöglichkeiten zu wecken.

Vielfältige Museumslandschaft

- Düsseldorf verfügt über zahlreiche Museen, großenteils mit einer langen Tradition und aus bürgerschaftlichem Engagement entstanden, die über Sammlungen von nationalem und internationalem Rang verfügen.
- Neukonzeptionen vieler Häuser, Sanierungsstau und gleichzeitig wachsender Spardruck auf den städtischen Haushalt prägen seit 20 Jahren die kulturpolitische Debatte, in deren Zuge über alternative Trägermodelle, Synergien, Zusammenlegungen und auch Schließungen nachgedacht wird.
- Mehrere Institute wurden in Public-Private-Partnership-Trägerschaften überführt (prominentestes Beispiel ist die Stiftung Museum Kunstpalast), die die Stadt in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise durch den Rückzug der Unternehmen in Zugzwang bringen, deren Finanzierungsanteile zu übernehmen.
- Ein Gesamtkonzept für die Häuser der Bildenden Kunst liegt nicht vor.
- Aufgrund des großen bürgerschaftlichen Engagements wie auch des persönlichen Engagements der Institutsleitungen wird die Debatte über mögliche strukturelle Reformen unter relativ großer Beteiligung der medialen Öffentlichkeit geführt.
- Wichtige Protagonisten in dieser Debatte sind neben den Institutsleitungen die Kulturverwaltung und die Kulturpolitiker, wobei letztere durch Privatisierungen ihre Einflussmöglichkeiten geschmälert sehen.
- Die kulturpolitische Debatte bewegt sich heute im Spannungsfeld zwischen Verantwortung gegenüber dem Kulturerbe, das es für die Zukunft zu erhalten gilt, und dem Recht jeder Generation zu entscheiden, wie sie mit dem Überlieferten verfahren will. Die Aushandlung darüber wird als wichtiges Thema für den Kulturentwicklungsprozess gesehen.

Masterplan Kulturbauten

- In zahlreichen Kulturbauten Düsseldorfs stehen seit Jahren Sanierungen an. Über den städtischen Finanzierungsanteil entscheiden der Kulturausschuss und der Rat.
- Vor gut neun Jahren wurde erstmals im Kulturausschuss der Antrag gestellt, die Verwaltung möge einen Masterplan Kulturbauten erstellen; er wurde bisher nicht vorgelegt.
- Die Systematisierung und Priorisierung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen wird als Gegenstand des Kulturentwicklungsprozesses gesehen.

Kulturelle Teilhabe

- Durch einen breiten Konsens zwischen Kultureinrichtungen, freien Trägern, Politik und Verwaltung und durch Landesinitiativen begünstigt, konnte sich in Düsseldorf ein vielfältiges Angebot an kultureller Bildung entwickeln.
- Der Kulturausschuss nimmt durch eigene Anfragen und Präsentationen von Kulturinstituten großen Anteil an der Entwicklung des Angebotes an kultureller Bildung und gestaltet sie mit Vorschlägen aktiv mit.
- Ermäßigungen oder gar die Befreiung von Eintrittsentgelten sind ein wichtiges Instrument für die Steuerung der kulturellen Teilhabe, daher befasst sich der Kulturausschuss – mindestens seit 20 Jahren – regelmäßig mit diesem Thema.
- Divergierende Ansichten über die Notwendigkeit der Förderung kultureller Teilhabe gibt es unter den Kulturpolitikern weniger im Grundsatz, als vielmehr im Detail, nämlich welchen Personengruppen in welchem Maße und mit welchen Instrumentarien kulturelle Teilhabe vergünstigt beziehungsweise ermöglicht werden soll.

Kunst im öffentlichen Raum

- In Düsseldorf gibt es kein einheitliches Verfahren für Entscheidungen über Aufstellung, Umbettung, Entfernung oder Restaurierung von Kunstwerken im öffentlichen Raum.
- Seit über dreizehn Jahren ist die Einrichtung einer Kunstkommission im Gespräch, die mithilfe einer eigenen Geschäftsstelle die Entscheidungsfindung über Kunst im öffentlichen Raum zwischen den beteiligten Dezernaten für Kultur, Bau und Stadtplanung sowie Experten moderieren soll.

- Treibende Kräfte für ein geregeltes Verfahren sind der Beirat Bildende Kunst und Kulturpolitiker der SPD-Fraktion; für eine Kunstkommission setzen sich Künstler ein und die mediale Öffentlichkeit nimmt regen Anteil.
- Die Einrichtung einer Kunstkommission ist seit 2014 im Koalitionsvertrag verankert.

Künstlerateliers und Proberäume für Musik und Tanz

- Junge Künstler und Musiker sind Garanten für eine lebendige Kulturszene und zugleich die Grundlage für das aktuelle wie zukünftige professionelle Kunst- und Kulturschaffen in den Kultureinrichtungen in der Stadt.
- Vor gut zehn Jahren fielen durch die die Schließung bautechnisch mangelhafter Bunker zahlreiche günstige Proberäume weg.
- Prinzipiell sind sich Kulturpolitiker aller Fraktionen und die Kulturverwaltung einig über die Notwendigkeit der Bereitstellung von Künstlerateliers und Proberäumen für Musiker, Bands und Tänzer.
- Während die Herrichtung und Bereitstellung von Künstlerateliers relativ problemlos zur Daueraufgabe des Kulturamtes wurde, erhielt die Frage nach Proberäumen für die Musikszene erst durch Unterschriftenaktionen von Bürgern und Musikern sowie den Einsatz freier Träger starken Rückenwind.
- Anstrengungen für die städtische Förderung von Probe- und Aufführungsmöglichkeiten für die freie Tanz- und Theaterszene waren ebenfalls erfolgreich.

Kulturmarketing und Stadtmarketing mit Kultur

- Kulturmarketing weist Schnittstellen zum Stadtmarketing auf, eine – mindestens teilweise – Verzahnung bietet sich daher an.
- Zahlreiche Initiativen des Kulturausschusses und der Kulturverwaltung zielten auf eine bessere Sichtbarkeit der Kultur, sowohl in der Stadtöffentlichkeit als auch bundesweit und international.
- Einen kulturellen Markenkern für die Stadt Düsseldorf zu definieren, ist bisher nicht gelungen; zu unterschiedlich sind die Wahrnehmungen über die Stärken der Stadt.

3 »Heiße« Themen und »Dauerbrenner«

3.1 Leuchttürme der Darstellenden Kunst

Viele Gründe sprechen dafür, die kulturpolitische Erzählung von Düsseldorf mit den beiden großen Institutionen der Darstellenden Kunst in Düsseldorf zu starten: dem Schauspielhaus und der Deutschen Oper am Rhein. Allein der finanzielle Aufwand, den die Stadt über den Kulturhaushalt betreibt, begründet ihre Prominenz in der Kulturpolitik.

3.1.1 Schauspielhaus – »Dauerbaustelle«

Die Geschichte der Theaterbauten in Düsseldorf beginnt mit dem Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz und seiner Frau Anna Maria Luisa de' Medici, die Anfang des 17. Jahrhunderts das erste Opernhaus errichten ließen (Horn 1981: 15). Das kunstsinnige Herrscherpaar setzte starke Impulse für die kulturelle Entwicklung Düsseldorfs, auch wenn nach ihrem Tode große Teile des Kunstbesitzes nach München beziehungsweise nach Florenz gingen. Das seit 1846 für Theatervorstellungen genutzte alte Gießhaus am Marktplatz (Altes Theater) wurde knapp 30 Jahre später durch einen Neubau an der heutigen Heinrich-Heine-Allee abgelöst, die sich im 19. Jahrhundert zu einer Prachtstraße und Flaniermeile entwickelte. Dieses Stadttheater und Opernhaus ist der erste einer Reihe von repräsentativen Monumentalbauten Düsseldorfs, zu denen unter anderem die Kunstakademie und der ehemalige Bau der Kunsthalle gehören.

Während das Düsseldorfer Theater im 19. Jahrhundert – im Vergleich zu Theatern anderer Städte – eher unbedeutend war, erlebte es Anfang des 20. Jahrhunderts mit dem Wirken starker Persönlichkeiten wie Karl Leberecht Immermann, Louise Dumont und Gustav Lindemann einen künstlerischen Aufschwung. In dieser Zeit profilierten sich allen voran die städtischen Bühnen Düsseldorfs (Oper und Schauspielhaus) (Horn 1981: 15/16 und 31f.), die unter dem Generalintendanten Gustaf Gründgens (ab 1947) überregionale Bedeutung erlangten.

Mit seiner Analyse der künstlerischen und organisatorischen Entwicklung der Städtischen Bühnen Düsseldorfs in der Nachkriegszeit zeigt Wolfgang Horn beispielhaft das fragile, von Persönlichkeiten geprägte Konstrukt kulturpolitischer Machtverhältnisse zwischen Intendanten, führenden Politikern (in diesem Fall Oberbürgermeister und Kulturausschussvorsitzendem) und Verwaltung. Nach jahrelangen Querelen zwischen der Stadt und Gründgens, der sich durch die Stadtverwaltung in seinem künstlerischen Wirken eingeschränkt sah, wurde 1951 die Neue Schauspiel GmbH gegründet und damit das Schauspiel aus den Städtischen Bühnen herausgelöst. (Horn 1981: 34-43) Seitdem wird das Schauspielhaus als Beteiligungsgesellschaft geführt. Gesellschafter der Neuen Schauspiel GmbH sind die Landeshauptstadt Düsseldorf

und das Land NRW. Bei ihrer Gründung waren die Gesellschaft der Freunde des Düsseldorfer Schauspielhauses und der Deutsche Gewerkschaftsbund Mitgesellschafter.

Gründens Wunsch nach einem modernen Neubau wurde erst 1970 Realität, als das von dem Architekten Bernhard Pfau entworfene Schauspielhaus am Gustaf-Gründens-Platz eröffnet wurde. Es umfasst ein Großes Haus mit rund 760 Zuschauerplätzen und ein Kleines Haus mit bis zu 300 Plätzen.⁶ Die heutige kulturpolitische Bedeutung dieses Theaterbaus in zentraler Lage zwischen Innenstadt und Hofgarten fasst die Verwaltung in einer Ratsvorlage 2016 zusammen: »Es bezieht sich in seiner skulpturalen Form auf das benachbarte Dreischeidenhaus, mit dem es gemeinsam eines der bedeutendsten und spannungsvollsten Ensembles der Nachkriegsarchitektur darstellt. Zu Recht gilt es wegen seiner besonderen Formgebung als eine Ikone unter den Theatergebäuden in Deutschland. Wegen seiner hohen städtebaulichen Bedeutung steht es seit 1998 unter Denkmalschutz.« (LHD 41/ 116/2016-1)⁷

In den letzten 10 bis 15 Jahren, so hieß es in einem Interview, habe das Düsseldorfer Schauspielhaus aufgrund von Personaldebatten, Sanierungsbedarf und damit finanziellen Problemen in der öffentlichen Wahrnehmung gelitten. So könne es seiner Bedeutung als Kulturort, in dem gesellschaftliche Botschaften verhandelt würden, kaum gerecht werden. Personalentscheidungen an Stadt- und Staatstheatern sind aufgrund ihrer ausgeprägten Repräsentationsfunktion von hoher kulturpolitischer Bedeutung. Die Erwartungen an Kompetenz und Renommee der künstlerischen Leitung sind extrem hoch, umso sensibler ist der Findungsprozess. Üblich ist eine Entscheidungsfindung durch drei, vier Personen auf höchster politischer Ebene oder durch eine formal bestellte Findungskommission. Die Bestellung von Intendanten erfolgt satzungsgemäß durch den Aufsichtsrat, danach stellen sie sich im Kulturausschuss vor.

In den vergangenen zehn Jahren gab es »unglückliche« Entscheidungen, »Pech mit Intendanten, die frühzeitig aufgehört haben«, und »Interimslösungen« (Interviews). Dies soll hier nicht im Einzelnen nachvollzogen werden. Jedenfalls stand es 2012 künstlerisch und wirtschaftlich nicht gut um das Schauspielhaus (LHD 2013/2014: 72). Zu allem Überfluss kam es 2013 im Zuge der Intendantensuche zum Eklat: Aufgrund einer Indiskretion wurden die Namen der Kandidaten in der lokalen Presse genannt, woraufhin die vier Fachleute, die neben den drei Vertretern der Landesregierung und den drei Vertretern der Stadt in der Findungskommission saßen, ihre Mitwirkung aufkündigten. Es gab Spekulationen über die Gründe der Indiskretion und langwierige Debatten im Stadtrat (Sitzung vom 18.4.2013). Der Aufsichtsrat der Neuen Schauspiel GmbH beauftragte daraufhin den Abteilungsleiter Kultur des Kultur-

6 <http://www.dhaus.de/service/ueber-das-haus> (letzter Zugriff: 22.02.2017).

7 Aufgrund der Fülle der verwendeten Quellen wird – zugunsten der schnelleren Auffindbarkeit im Quellenverzeichnis – bei Niederschriften, Vorlagen sowie Anträgen aus kommunalen Gremien die Dokumentennummer und bei Presseartikeln abweichend von der üblichen Zitierweise im Text das vollständige Erscheinungsdatum angegeben.

ministeriums und den Kulturdezernenten mit der weiteren Intendantensuche. Nur die Kulturministerin und der Oberbürgermeister waren involviert. (LHD 41/ 8/2013: 7)

Die Intendantenwechsel waren immer auch verbunden mit Umorientierungen inhaltlicher und formaler Art, sodass eine Profilierung in den vergangenen Jahren kaum möglich gewesen sei; in der Stadtöffentlichkeit habe dadurch das Interesse an dem Haus abgenommen. (Interviews)

Zusätzlich belastet wurde die Entwicklung des Schauspielhauses in dieser Zeit durch langwierige Sanierungen. Im Rahmen eines 2002 von Stadt und Land aufgelegten 10-Jahresinvestitionsprogramms wurden die Bühnentechnik erneuert und Brandschutzmaßnahmen ergriffen. Die 2005 beschlossene Instandsetzung von Räumlichkeiten für Werkstätten und Probebühnen in der Alten Paketpost verzögerte sich bis Mitte 2008. Schon kurz nach seiner Inbetriebnahme musste das neue Probezentrum »Central« als Ausweichspielstätte genutzt werden, da das Große Haus für eine Schadstoffsanierung zur Spielzeit 2010/2011 geschlossen werden musste. Ende 2011 konnte es zwar mit einer verbesserten Akustik wiedereröffnet werden. Aber der historische Bau zeigte schon bald weiteren Restaurierungsbedarf im Bereich der Technischen Gebäudeausstattung an Dach und Fassade, so dass der Spielbetrieb Anfang 2016 ausgelagert werden musste. Dennoch konnte im August 2016 mit Wilfried Schulz ein neuer Intendant verpflichtet werden, der seitdem mit seinem Ensemble verschiedene Orte in der Stadt bespielt: das Central am Hauptbahnhof, das Junge Schauspiel und das Capitol Theater. Einen Sturm der Entrüstung löste der Oberbürgermeister im Herbst 2016 aus, als er im Zuge der Erkenntnisse der notwendigen Sanierungen den Bau von Bernhard Pfau als Theaterstätte grundsätzlich in Frage stellte. Die zahlreichen Berichte in der Lokalpresse zeigen die hohe Wertschätzung, die das traditionsreiche Düsseldorfer Sprechtheater bei Bürgern und Fachleuten bundesweit genießt, die es untrennbar mit dem Architekturdenkmal an der Königsallee verbunden sehen (beispielsweise Goertz/Krings/Onkelbach 27.10.2016).

Anfang November 2016 ließ der Kulturausschuss eine Ratsvorlage, mit der die Sanierung besiegelt werden soll, an den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Rat der Stadt passieren: »In der Ratssitzung am 17. November wollen die Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP auch beschließen, die Mehrkosten für die Erneuerung der Haustechnik zu tragen. Das hat der Kulturausschuss gestern als erstes Gremium bekundet. Die Ampel-Politiker betonten mehrfach, dass sie mit der Entscheidung auch einen Schlussstrich unter die Diskussion um den Standort setzen wollen.« (Lieb 4.11.2016)⁸

8 Da die Niederschriften der Sitzungen des Kulturausschusses und des Rates zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes nicht online verfügbar waren, kann der Stand der Debatte nur aus der Lokalpresse entnommen werden.

3.1.2 Deutsche Oper am Rhein – eine Erfolgsgeschichte

Eine gern erzählte Geschichte Düsseldorfer Kulturpolitik ist die der seit 1956 währenden Theatergemeinschaft der Städte Düsseldorf und Duisburg. Die Gründungsgeschichte der Deutschen Oper am Rhein beginnt Anfang der 1950er Jahre, wurde allerdings durch die Herauslösung des Schauspiels aus den Städtischen Bühnen und dessen Überführung in eine GmbH unter dem Geschäftsführer Gustaf Gründgens aufgeschoben (Horn 1981: 47). Die Theatergemeinschaft hat einen Vorläufer: Von 1887 bis 1920 betrieben die Städte Düsseldorf und Duisburg schon einmal ihre Häuser in gemeinsamer Regie (Huber-Hering o.J.). 1956 zunächst als Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründet, wurde die Deutsche Oper am Rhein 2003 in eine gGmbH überführt, deren Gesellschafter die beiden Städte sowie der Freundeskreis der Deutschen Oper am Rhein e.V. sind.

Die »Opernehe« wird im Wesentlichen als Gewinn für beide Städte wahrgenommen, die sich damit gegenseitig helfen, die Standorte zu halten. Ihre Ausgestaltung sei, so ein Interviewpartner, zwar Tauziehen zwischen den Städten gewesen, aber weder in der Kulturpolitik ein strittiges, noch ein öffentlich debattiertes Thema innerhalb der Stadt Düsseldorf. Einhellige Meinung der Interviewpartner war, dass die Fusion in »vorbildlicher« Weise finanzielle und organisatorische Synergien schaffe. So sind die Werkstätten für die Oper in Duisburg, Mitglieder beider Ensembles spielen in der jeweiligen Partnerstadt, Kostüme und Kulissen werden gemeinsam genutzt.

Ein Wermutstropfen in dieser Erfolgsgeschichte waren Probleme im Rahmen der Sanierung des Düsseldorfer Opernhauses an der Heinrich-Heine-Allee in den Jahren 2005 bis 2007. Aufgrund der verzögerten Wiederaufnahme des Spielbetriebs fürchtete der Kulturausschuss einen »enormen Imageschaden« (LHD 41/ 3/2007: 2). Mit einem 2005 für diesen Zweck hergestellten mobilen Theater, dem RheinOperMobil, konnten Besucherverluste zwar gemildert werden, dennoch hatte das Düsseldorfer Opernhaus über mehrere Jahre finanzielle Einbußen zu verzeichnen (LHD 2006: 74, 76).

Während der Kulturdezernent 2008 trotz »der allgemein schwieriger gewordenen Finanzsituation« im Kulturausschuss noch von einer Erhöhung der Mittel für den Musikbereich berichten konnte, von der auch die Oper profitierte (LHD 41/ 10/2008: 7), musste er 2012 erste Sparmaßnahmen bekanntgeben: »Im Rahmen der städtischen Risikovorsorge wurden (...) die Zuschüsse an die Deutsche Oper am Rhein und das Düsseldorfer Schauspielhaus gedeckelt«. Tarifsteigerungen seien für die nächsten Spielzeiten nicht eingeplant. (LHD 41/ 11/2012: 9)

Seit der Spielzeit 2009/2010 ist Prof. Christoph Meyer Generalintendant der Deutschen Oper am Rhein, Geschäftsführende Direktorin ist Alexandra Stampler-Brown und Generalmusikdirektor Axel Kober. Besonders hervorgehoben wurde von den Interviewpartnern die Leistung Martin Schläpfers, der seit 2009 das Ballett am Rhein Düsseldorf Duisburg leitet. Mit ihm habe sich das Ballett »emanzipiert«, es sei

in der öffentlichen Wahrnehmung präsent, spiele in der »Bundesliga« und habe internationale Ausstrahlung. Eine kulturpolitisch kluge Entscheidung sei es daher gewesen, ein neues Ballett-Probezentrum zu bauen, um ihn im Rheinland zu halten. (Interview) So begründet auch die Kulturverwaltung den Neubau in ihrer Beschlussvorlage: Er habe es »mit einem neuen künstlerischen Ansatz geschafft, den Erfolg des Balletts mit einem außerordentlichen Imagewert für die Landeshauptstadt Düsseldorf zu steigern.« (LHD 41/ 45/2013: 1)

Doch bevor 2015 das neue Ballettprobezentrum Am Steinberg eröffnet werden konnte, wurde heftig gestritten, aber nicht im Kulturausschuss, sondern im Stadtrat. Auf der Grundlage einer vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung schlug die Verwaltung vor, Bau und Betrieb in öffentlich-privater Partnerschaft an einen Investor zu vergeben (ebd.: 3-4). In der Ratssitzung am 18. April 2013 beanstandeten SPD, Grüne und Linke das Vorgehen, mit dem ein Präjudiz für das PPP-Modell (Public-Private-Partnership-Modell) geschaffen worden sei. »Wir haben Ende des letzten Jahres aus einer Pressekonferenz erfahren, (...) dass Herr Schläpfer und Herr Kober ihre Verträge verlängert haben und dass wir ein Ballett Haus bauen, und zwar mit einem privaten Investor.« (LHD 01/ 3/2013: 49) Die schnellere Umsetzung des Baus und die höhere Wirtschaftlichkeit seien keinesfalls erwiesen. Zudem liege das Risiko ausschließlich bei der Stadt und die Folgekosten seien bei dem vorgesehenen Mietmodell mit Erbbaurechtsvertrag auf 30 Jahre nicht absehbar. Die Opposition schlug vor, zunächst eine Eigenrealisierung durch die Stadt und ein PPP-Modell parallel zu konkretisieren, bevor über die Umsetzung in der einen oder anderen Variante entschieden würde. Zwar wurden von CDU und FDP Fehler bei bisherigen PPP-Modellen eingeräumt, dennoch wurde die Vorlage der Verwaltung beschlossen.

Eine äußerst hitzige Debatte entspann sich im April 2013 im Stadtrat (dies lassen die Niederschriften des Kulturausschusses nicht ahnen), als es um die Fortführung der »Theaterehe« ging. Die Stadt Duisburg musste aufgrund des Haushaltsanierungsplans ihren Anteil an der Finanzierung der Oper ab der Spielzeit 2014/2015 um 1 Millionen Euro auf 9,5 Millionen Euro senken. Die Vorlage der Verwaltung sah vor, dass die »Reduzierung des Zuschusses (...) in den nächsten Jahren insbesondere durch Einnahmensteigerungen der Deutschen Oper am Rhein aufgefangen werden« sollte. Zugleich sollte die Anzahl der Aufführungen in Duisburg reduziert werden, in Düsseldorf jedoch nicht. Vorgeschlagen wurde, die zu erwartenden Kostensteigerungen zu 72 Prozent aus dem Düsseldorfer Kulturetat zu bestreiten. Dadurch erhöhte sich der Zuschuss aus Düsseldorf auf 26,3 Millionen Euro. (LHD 41/ 44/2013)

Die Opposition aus SPD, Grünen und Linken sowie einem fraktionslosen Ratsherrn monierte einerseits das Verfahren, da die Entscheidung über die Fortführung der Theatergemeinschaft unter den genannten Bedingungen gefällt werden sollte, ohne zuvor im Kulturausschuss deren Auswirkungen auf den Opernbetrieb diskutiert zu haben. Eine Unternehmensberatung hatte diese im Kulturausschuss in Szenarien

unter unterschiedlichen Zuschussbedingungen dargestellt. Die Geschäftsführung der Oper sollte auf Grundlage des Gutachtens Kostensenkungspotentiale ermitteln – allerdings erst nach der Beschlussfassung im Rat. Vor allem aber sah sie eine Gefahr für die künstlerische Qualität der Oper und plädierte für eine Übernahme des Duisburger Fehlbetrages. Die Verwaltungsvorlage wurde im Rat dennoch mit den Stimmen der CDU, FDP und Freien Wählern beschlossen. (LHD 01/ 3/2013: 52–56) In der Lokalpresse – so ein Interviewpartner – sei die gute Nachricht über die Fortführung der Theatergemeinschaft Düsseldorf–Duisburg nur eine kleine Meldung gewesen. 2015 sprach sich der Aufsichtsrat der Oper für eine weitere Fortsetzung der Theatergemeinschaft im Juli 2017 bis zum Ende der Spielzeit 2021/2022 aus. (LHD 41/ 06/2015: 4)

3.2 Vielfältige Museumslandschaft

Düsseldorf zeichnet sich durch eine vielfältige Museumslandschaft aus, nicht zuletzt aufgrund von Schenkungen und Stiftungen wohlhabender Bürger der Stadt. Dies wird als kultureller Schatz wahrgenommen, stellt die Kulturpolitik aber auch vor große Herausforderungen. Vonnöten wäre – das wurde von mehreren Interviewpartnern angesprochen – ein Gesamtkonzept für die Häuser der Bildenden Kunst in der Stadt. Konkrete Anlässe, dies zu debattieren, waren die Gründung der Stiftung Museum Kunstpalast und die Quadriennale. Daneben stellt sich die spartenunabhängige Frage nach der strukturellen Organisation und Finanzierung der zahlreichen, teils überregional bedeutenden Sammlungen kulturellen und historischen Erbes Düsseldorfs.

3.2.1 Museum Kunstpalast – ein prominentes PPP-Modell

Das Museum Kunstpalast im Ehrenhof hat für Düsseldorfs Profil als Kunststadt – neben der Kunstakademie – eine herausragende Bedeutung mit einer langen Tradition.⁹ Die Geschichte der Sammlung beginnt beim Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz: Er baute 1710 eine Gemäldegalerie und erwarb Werke von Rubens, Rembrandt und italienischen Meistern. Teile dieser Sammlung sind heute im Museum Kunstpalast als städtische Sammlung zu sehen. Der bedeutsamste Teil ging nach München (Alte Pinakothek).

Die symbolische Bedeutung des Kunstpalastes für die Stadt resultiert aus seiner architektonischen Geschichte, denn er wurde für die Industrie-, Gewerbe- und Kunstausstellung 1902 – inspiriert durch die Weltausstellung 1900 in Paris – als Ausstellungspalast im neobarocken Stil gestaltet. Mit dem Repräsentationsbau wollte sich Düsseldorf gegenüber Kunststädten wie Berlin und München behaupten. Seitdem wurde der Kunstpalast von Düsseldorfer Künstlern zeitweise als Produktionsstätte, vor allem aber als

9 Zur umfassenden Geschichte des Museums siehe: www.smkp.de/ueber-uns/geschichte/geschichte-architektur

Ausstellungshaus genutzt – eine Tradition, die bis heute in der alljährlichen GROSSEN Kunstaussstellung NRW des Vereins zur Veranstaltung von Kunstaussstellungen e.V. ihre Fortsetzung findet.

Eine Bürgervereinigung setzte sich für den Aufbau einer Sammlung ein, die 1913 als Städtische Kunstsammlung gegründet wurde (Horn 1981: 88). Seither wird dieses Datum als Gründungsjahr des heutigen Museums Kunstpalast gefeiert, obwohl die Sammlung zunächst in anderen Räumen präsentiert werden musste. Erst nach der Umgestaltung des Ehrenhofs 1926 für die GESOLEI (Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen) konnte die Stadt gemeinsam mit dem Kunstgewerbemuseum und dem Keramikmuseum einen Gebäudeflügel des Komplexes gegenüber dem Kunstpalast dafür nutzen. Auch das Hetjens – Deutsches Keramikmuseum trägt zur kulturellen Bedeutung Düsseldorfs bei: 1909 mit dem Nachlass des Sammlers Laurenz Heinrich Hetjens gegründet, präsentiert es »Keramik höchster Qualität aus 8000 Jahren und der ganzen Welt« und genießt internationale Anerkennung.¹⁰

Mitte der 1980er Jahre war die gesamte Dreiflügelanlage um den Ehrenhof stark sanierungsbedürftig. 1988 fand ein Wettbewerb für den Umbau des gesamten Komplexes statt. Aufgrund der schlechten Haushaltslage der Stadt konnte dessen Ergebnis jedoch nicht umgesetzt werden. 1992 beschloss die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat, alle Planungen zu stoppen.

Das Thema habe »höchste politische Sprengkraft in der Stadtgesellschaft« gehabt, hieß es in einem Interview. Die für den Neubau erforderlichen Haushaltsmittel der Stadt konnten teilweise durch den Verkauf eines Teils des Grundstücks der heutigen E.ON SE akquiriert werden. Der damalige Kulturdezernent setzte auf eine Zusammenarbeit mit Unternehmen und gewann die METRO Group, die Evonik Industries AG (vormals degussa) und E.ON SE (ehemals VEBA) für ein PPP-Modell und betrat damit Neuland in Düsseldorf, jedenfalls in dieser Größenordnung.¹¹ Wie andere große Kulturinstitute auch erfuhr und erfährt die Stiftung private Unterstützung durch zahlreiche Sponsoren und bürgerschaftliches Engagement, nicht zuletzt durch den Freundeskreis der Stiftung Museum Kunstpalast.

Bevor es zur Gründung einer Stiftung kam und das Museum Kunstpalast 2001 eröffnet werden konnte, wurde heftig gestritten – öffentlich und hinter verschlossenen Türen. Die Sorge in der Künstlerschaft war, dass die Wirtschaft zu viel Einfluss auf das Programm des Hauses nehmen würde. Die Debatte zog Kreise, weil – so ein Gesprächspartner – der damalige Kulturdezernent den »provokativen Vorschlag« machte, in dem Zusammenhang die Kunsthalle abzureißen und neben den Kunstsammlungen am Grabbeplatz ein neues Haus der Kunst einzurichten. Im Kulturausschuss und im Beirat für Bildende Kunst

¹⁰ <http://www.duesseldorf.de/hetjens> (letzter Zugriff: 08.02.2017)

¹¹ Das NRW Forum wurde von 1999 bis 2013 in Partnerschaft mit der Messe Düsseldorf betrieben und seit 1994 das Schifffahrtsmuseum mit dessen Freundeskreis. 2006 übernahm die Stadt wieder die Verwaltung, weil der Verein damit überfordert war (LHD 41/ 11/2012: 7f.).

wurde dies strittig diskutiert. Aufgrund des Widerstandes aus der Künstlerschaft, der Öffentlichkeit und Politik wurde die Kunsthalle nicht abgerissen, sondern in eine gGmbH unter Beteiligung des Kunstvereins und der Stadtparkasse Düsseldorf überführt.

Das Museum Kunstpalast profilierte sich in der neuen Struktur zu einem international anerkannten Kunstort. Der Versuch, einen Ansatz für ein Gesamtkonzept für die Häuser der Bildenden Kunst mit Museum Kunstpalast, Kunsthalle und Kunstsammlungen NRW zu finden, war damit allerdings gescheitert.

Schon wenige Jahre nach seiner Eröffnung gab es im Museum Kunstpalast erheblichen Sanierungsbedarf an Klimaanlage, Brandschutz und Dach. Immer wieder musste das Haus teilweise oder vollständig geschlossen werden. Die Einschränkungen führten regelmäßig zu starken Einbußen bei den Besucherzahlen und hemmten die Entwicklung des Museums. Natürlich gab es Highlights, unter vielen anderen die Ausstellung »Bonjour Russland«, die 2007 allein 256.000 Besucher anzog (LHD 2007: 90). Nach einer umfangreichen Sanierung konnte das Glasmuseum Hentrich im Kunstpalast in 2006 neu eröffnet werden und dem Wunsch des Stifters entsprechend seine weltweite Bedeutung entfalten. Das vielseitige Potenzial der Stiftung Museum Kunstpalast mit ihren fünf Abteilungen und dem Robert-Schumann-Saal stellte der Künstlerische Direktor Beat Wismer 2011 dem Kulturausschuss vor: In einem einjährigen Diskussionsprozess hatte er mit dem Arbeitsausschuss des Kuratoriums und der Mitarbeiterschaft ein neues Konzept erarbeitet, das an die traditionsreiche Geschichte anknüpfend Zukunftsaufgaben formulierte. (LHD 41/ 8/2011: 8-9)

Doch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise machten sich bemerkbar und Ausbaupläne zunichte. 2012 erläuterte der Kulturdezernent den Kulturausschussmitgliedern: »Im Rahmen der Risikovorsorge für den Haushalt 2013ff. ist die Stiftung Museum Kunstpalast insoweit am stärksten betroffen, als es nach der mehrjährigen Unterstützung von besonders herausragenden Wechselausstellungen (...) im kommenden Jahr für die Stiftung Museum Kunstpalast nach dem vorliegenden Verwaltungsvorschlag keine Aufstockung des Budgets seitens der Stadt geben wird.« (LHD 41/ 11/2012: 8) Die Geschäftsführung reagierte mit drastischen Kostensenkungen (LHD 2013/2014: 97). Als dann der Energiekonzern E.ON, der von den anfänglich an der Stiftung beteiligten Unternehmen bis heute dabeigeblichen war, Anfang 2016 seinen Ausstieg öffentlich machte, titelte die Rheinische Post »Museum Kunstpalast steht am Abgrund« – und schloss den Bericht mit einem schwärmenden Bekenntnis: »Setzt man sich weiter ein für das Museum Kunstpalast, behält man mit dem städtischen Schatzhaus eine edle Visitenkarte der Kunst in der Hand.« (Bosetti 5.4.2016) Einen Tag später konnte sie vermelden: »Kulturdezernent Hans-Georg Lohe kündigt an, das Museum Kunstpalast (MKP) nach dem Ausstieg des wichtigsten Sponsors E.ON ohne Einbußen bei der Qualität weiterführen zu wollen.« (Lieb/Ruhnau 6.4.2016)

Von bürgerschaftlichem Engagement zu Public-Privat-Partnership

Die Einrichtung des Museums Kunstpalast in Form einer Stiftung ist ein prominentes Beispiel für die (Teil-)Privatisierung der großen Kulturinstitute der Stadt Düsseldorf, die in den 1990er Jahren zunächst »mit großer Euphorie« – so ein Gesprächspartner – angegangen wurde. Eine Idee dahinter war, schilderte der Interviewpartner, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft als ein »Durchgangsstadium« zu nutzen, um »die Kultur wieder an die Bürger zurückzugeben«. »Private Initiativen Düsseldorfer Bürger, die seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts das Kulturleben der Stadt entscheidend gestaltet hatten, wurden in der nationalsozialistischen Zeit weitgehend ausgeschaltet« (Horn 1981: 17). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde – als eine der Lehren aus der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten – die Kulturhoheit den Ländern zugeschrieben, die konkrete Ausgestaltung von diesen auf die Kommunen übertragen. Die Kulturhaushalte wuchsen bis in die 1980er Jahre, doch viele kommunale Verwaltungen waren bald mit dem Betrieb der Kultureinrichtungen überfordert. Durch die Überführung in privat-rechtliche Trägerformen unter Beteiligung von Unternehmen und/oder Bürgervereinigungen sollten die Kommunen entlastet werden und die Kulturinstitute zugleich Planungssicherheit, mehr Unabhängigkeit und eine größere Flexibilität erhalten.

Daran scheiden sich nun die Geister. Während die CDU und die FDP Sponsoring und Unternehmensbeteiligungen als eine Form bürgerschaftlichen Engagements befürworten, wollen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die Ausgestaltung des kulturellen Angebotes in Düsseldorf nicht dem Interesse und Wohlwollen sowie der Finanzkraft von Unternehmern oder wohlhabenden Bürgern überlassen. Sie sehen die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der öffentlichen kulturellen Infrastruktur als städtische und staatliche Aufgaben an, für die Politik und Verwaltung verantwortlich sind.

Zudem wird auch die größere Eigenständigkeit der Beteiligungsgesellschaften von Kulturpolitikern als ein Nachteil wahrgenommen. Viele Wortmeldungen im Kulturausschuss zeigen, dass ihnen die öffentliche Debatte fehlt und sie ihren Einfluss geschmälert sehen. So überprüfte beispielsweise 2012 ein Team aus Mitarbeitern von Boston Consulting, E.ON und der Verwaltung die Strukturen des Museums Kunstpalast; für die Stadt entstanden keine Kosten. Davon erfuhren die Kulturpolitiker aus der Presse und fragten im Kulturausschuss nach. Der Kulturdezernent erläuterte, dass er, das Kuratorium und der Arbeitsausschuss der Stiftung in die Untersuchung bei der Stiftung Museum Kunstpalast eingebunden seien. Über ähnliche Überprüfungen anderer Kulturinstitute sollte nach diesen Erfahrungen nachgedacht werden. Die Fraktion der Grünen beantragte daraufhin die Einrichtung eines Runden Tisches mit Vertretern der Politik und der Kulturinstitute, der jedoch mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und FDP abgelehnt wurde (LHD 41/ 9/2012: 8).

Die anfängliche Euphorie für Privatisierungsmodelle wich schon 2006 einer gewissen Zurückhaltung. So antwortete der damalige Oberbürgermeister auf eine Anfrage der FDP-Fraktion im Kulturausschuss bezüglich der Umwandlung der Tonhalle in eine GmbH, diese Frage bedürfe »einer sorgfältigen Prüfung und der Abwägung aller Vor- und Nachteile. Tangiert seien hierbei Fragen des Steuer- und Arbeitsrechtes und auch die der Kontrolle. (...) Eine Änderung der Rechtsform sollte niemals reiner Selbstzweck sein, vielmehr müssten die Vorteile für die Tonhalle deutlich überwiegen.« Sowohl eine mögliche Steigerung der künstlerischen Qualität als auch die Zusammenarbeit mit anderen Konzerthäusern sah die Verwaltung unabhängig von der Rechtsform (LHD 41/ 1/2006: 3). In nicht-öffentlicher Sitzung wurde im Sommer 2012 noch einmal über eine mögliche Überleitung der Tonhalle in die Form eines Eigenbetriebes oder eine GmbH gesprochen (LHD 41/ 7/2012). Bis heute ist sie eine städtische Einrichtung geblieben.

Öffentlich-private Partnerschaften werden mit der Absicht geschlossen, einen langfristigen Betrieb sicherzustellen. In Düsseldorf haben diese Modelle eine Lebensdauer von bis zu 20 Jahren. In Sicherheit wiegen darf man sich also nicht. Zudem war das Museum Kunstpalast nicht davor gefeit, sich viele Jahre mit eingeschränkten Räumlichkeiten wegen Sanierungsarbeiten und langwierigen Entscheidungen über sein Raum- und Nutzungskonzept begnügen zu müssen. Die Gestaltung des Verhältnisses zwischen staatlichem und privatem Engagement ist ein komplexes und in Deutschland ein umkämpftes kulturpolitisches Thema. Zu differenzieren ist zwischen Mäzenatentum, Unternehmensbeteiligung, Sponsoring und Bürgerengagement.

3.2.2 Strukturreform der Museen

Wie das Museum Kunstpalast so stellen auch die zahlreichen kleineren Spezialmuseen die Kulturpolitik seit gut zwei Jahrzehnten vor wachsende Herausforderungen. Dabei geht es mit wechselnder Intensität um alle Kulturinstitute, die mit städtischen Mitteln unterhalten werden: SchifffahrtMuseum, Filmmuseum mit Black Box, Mahn- und Gedenkstätte, Stadtmuseum, Goethe-Museum/Anton-und-Katharina-Kippenberg-Stiftung, Heinrich-Heine-Institut, Hetjens-Museum-Deutsches Keramikmuseum, Kunsthalle mit KIT, Stadtarchiv, städtisches Restaurierungszentrum, Stiftung Schloss und Park Benrath und Theatermuseum. Als das Land Nordrhein-Westfalen 2013 nach 15 Jahren aus der Finanzierung des NRW-Forums Kultur und Wirtschaft e.V. ausstieg und auch die Messe Düsseldorf die Förderung einstellte, war dessen Existenz gefährdet. Die Stadt übernahm die fehlenden Mittel und nach einer Zwischenutzung wurde es als NRW-Forum Düsseldorf für Fotografie, Pop und digitale Kultur 2015 unter der Leitung von Alain Bieber wiedereröffnet.

Bei einer Podiumsdiskussion im Juni 2015, organisiert von der Rheinischen Post, kündigte der Oberbürgermeister an, in der Kultur Schwerpunkte setzen zu wollen. »Ein Kriterium solle dabei sein, welche Ausstellungen und Kulturinstitute die kulturelle Identität der Stadt ausdrücken.« Dies gelte für ZERO-Kunst,

Heinrich Heine und Robert Schumann, weniger für Goethe. (Lieb 7.6.2015) Damit wurde die städtische Förderung des Goethe-Museums infrage gestellt, das seine Existenz einer Privatsammlung verdankt. Diese wurde 1953 von den Erbinnen in die Anton-und-Katharina-Kippenberg-Stiftung eingebracht. Ebenfalls in der Presse war zu lesen, dass der Bürgermeister und Kulturausschussvorsitzende einen Umzug des Goethe-Museum aus dem ehrwürdigen, aber sanierungsbedürftigen Schloss Jägerhof in Erwägung zog. Für den Kulturdezernenten sei das jedoch nicht vorstellbar: »Wir sind unserer Geschichte verpflichtet«, wurde er in der Lokalpresse zitiert. Zugleich verwies er auf den Vertrag mit der Stiftung. (Richters 29.3.2016) Das Museum genießt den Ruf, eine Stätte der Goethe-Forschung und -Bestandspflege von internationalem Rang zu sein (LHD 2013/2014: 22). Dieses Beispiel zeigt, das öffentliche Podiumsdiskussionen durchaus eine Form von kulturpolitischer Debatte in Düsseldorf waren. Allerdings ist zu hinterfragen, ob dies die geeignete Form ist für die Eröffnung einer Debatte über die sensible kulturpolitische Grundsatzfrage, wie viel kulturelle Vielfalt sich eine Stadt leisten will. Die Andeutungen des Stadtoberhauptes signalisierten den betreffenden Akteuren eine mangelnde Wertschätzung und schürten Ängste.

Die wechsellvollen und zum Teil leidvollen Geschichten der Museen können an dieser Stelle nicht im Detail erzählt werden. Exemplarisch sei die des Theatermuseums umrissen, das 2016 im Fokus der Debatte stand. 1947 hatte der Theatergründer Gustav Lindemann das nach ihm und Louise Dumont benannte Archiv der Stadt übergeben. Ein Interviewpartner berichtete, dass es schon vor rund 20 Jahren einen Durchführungsbeschluss zur Schließung des Theatermuseums gegeben habe. Er sei nicht umgesetzt worden, weil sich ein Freundeskreis gebildet hatte, der mit seinem Engagement das Budget entlastete (Interview). 2016 wurde eine Zusammenlegung mit dem Filmmuseum diskutiert. Letzteres sei inhaltlich durchaus sinnvoll, ließ sich aber auch in der Vergangenheit schon nicht umsetzen. »Jeder Leiter hat Interesse daran, dass sein Haus selbständig bleibt.« (Interview)

Sparnotwendigkeiten sind in der Kulturpolitik ein unbrauchbares Argument, um Sympathien für strukturelle Veränderungen zu gewinnen. Daher wird es von Politik und Verwaltung möglichst vermieden. Umso mehr argwöhnen Kulturakteure, dass inhaltlich-konzeptionelle Gründe für Umstrukturierungen nur vorgeschoben seien. So hieß es in der Rheinischen Post zur geplanten Fusion von Theater- und Filmmuseum: »Für den scheidenden Chef des Hauses ist es wohl eher ein Mittelkürzungsplan, der ihn besorgt macht um die renommierte Institution der Landeshauptstadt«. (Clemens 19.1.2016)

Der unsensible Umgang mit dieser Frage in der Lokalpresse legt nahe, dass nicht alle Bürger den kulturellen Reichtum der Stadt gleichermaßen schätzen: »Über eine räumliche Zusammenlegung einiger städtischer Museen wird längst offen diskutiert. Film- und Theatermuseum, Hetjens- und Glasmuseum, Goe-

the-Museum und Heine-Institut bieten sich dafür an. Das Einsparpotenzial bietet vor allem der Verkauf und/oder Verzicht auf Sanierungen einiger Museumsgebäude. Ein zwei- bis dreistelliger Millionenbetrag ist denkbar.« (Richters 27.4.2016)

Die Probleme bezüglich der Museen waren unterschiedlich gelagert, mal ging es prioritär um Raumprobleme oder Sanierungsstau, mal eher um konzeptionelle Neupositionierungen oder die Nachfolgeregelung auf Leitungsebene. Sie seien oftmals lange bekannt gewesen, bevor in der Stadtverwaltung über Lösungen nachgedacht wurde, warf ein Interviewpartner den Verantwortlichen vor. Zudem sah er hier eine »Zweiklassengesellschaft«, in der die Leuchttürme bevorzugt würden.

Die Ratsfraktionen der CDU und FDP versuchten vor einigen Jahren, das Thema Museen anzugehen. Ihr Antrag, die Verwaltung mit der Entwicklung eines Konzepts für eine Strukturreform der Kulturinstitute zu beauftragen, wurde am 18. April 2013 im Rat von SPD, Grünen und Linken heftig kritisiert. Unter der Überschrift »Die Reform der Düsseldorfer Kulturinstitute: Strukturen verändern – künstlerische Qualität sichern« enthielt er konkrete Ansätze, mit denen Synergien und somit »mehr Spielraum in kreativer und wirtschaftlicher Hinsicht« erreicht werden sollten. Vorgesehen waren »ein zentraler Servicebereich, der Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Technik und Verwaltung für alle Häuser bündelt«, sowie »ein Mitarbeiterpool, der allen Häusern die Nutzung von Spezialwissen einzelner Mitarbeiter ermöglicht«. Auch bei der Entwicklung der Ausstellungsprogramme und in der »wissenschaftlichen Arbeit inklusive Restaurierung und Museumspädagogik« sollten die Institute stärker zusammenarbeiten. Die »wirtschaftliche Eigenverantwortung der Institute« sollte gestärkt werden, »indem einzelne Budgets für einen überschaubaren Zeitraum fixiert werden«. Auf den Prüfstand sollten auch die Organisationsstrukturen des Kulturamtes und der Quadriennale GmbH. Zudem sollte unter Verwendung der in der gleichen Ratssitzung beschlossenen Dachmarke »:Düsseldorf« eine gemeinsame Corporate Identity für die Häuser entwickelt werden. (CDU/FDP 2013: 1-2)

Während die SPD durchaus Potenzial sah, die Arbeit der Institute etwas effizienter zu gestalten, konterten die Grünen, dass die Synergien bei Technik und Verwaltungspersonal bereits gängige Praxis seien und die Öffentlichkeitsarbeit der städtischen Einrichtungen ohnehin über die Verwaltung laufe. Das kulturpädagogische Angebot sei jeweils themenspezifisch zu erarbeiten und ließe sich nicht zentral organisieren. Personal für Marketing gebe es in den kleineren Häusern nicht, so dass bei einer zentralen Servicestelle dafür Stellen geschaffen werden müssten. Dies sei eine wünschenswerte, aber zusätzliche Ausgabe. Die Deckelung der Budgets belaste dagegen die Kulturinstitute in unzumutbarer Weise, da sie Kostensteigerungen selbst auffangen müssten. Schon derzeit seien viele Stellen nicht besetzt. Der Antrag der SPD, die Angelegenheit zunächst in den Kulturausschuss zu überweisen, da nicht alle Kulturausschussmitglieder auch Mitglieder des Rates sind und sie der Verwaltung nicht ohne Debatte die Umset-

zung überlassen wollte, wurde mehrheitlich abgelehnt. In diesem Kontext kündigten die Grünen an, einen Antrag für die Erarbeitung eines Kulturentwicklungskonzepts in den nächsten Kulturausschuss einzubringen, mit dem zuerst gemeinsame Ziele entwickelt würden, bevor strukturelle Veränderungen geplant werden. Schließlich wurde der Antrag mit den Stimmen der CDU, FDP und des Oberbürgermeisters mehrheitlich beschlossen. (LHD 01/ 3/2013: 59-66)

Nun stand die Kulturverwaltung vor einer schwierigen Aufgabe und weiterer Disput war vorprogrammiert. Wiederholte kritische Nachfragen der Fraktionen der SPD und der Grünen im Kulturausschuss zeigen, dass sich die Kulturpolitiker zu wenig einbezogen sahen. Auch einige Kulturinstitute hätten erst aus der Presse von den Plänen erfahren. Um diesen Vorwurf zu entkräften, erklärte der Kulturdezernent im Mai 2013 dem Kulturausschuss, dass die Instituts- und Verwaltungsleiter vom Kulturdezernat gleich nach dem Ratsbeschluss informiert wurden. Sie gründeten eine Arbeitsgruppe, die »unter Berücksichtigung der Mitarbeiterbelange Vorschläge zur Umsetzung des Ratsbeschlusses« erarbeitete (LHD 41/ 6/2013: 8-9).

Die Kulturverwaltung beauftragte einen Gutachter, mögliche Synergien zwischen den Museen herauszuarbeiten und ein Konzept zu erstellen. Unter dem Titel »Strukturreform der Museen« stellte sie Mittel in Höhe von 500.000 Euro in den Haushaltsplanentwurf 2014 ein. Dies brachte ihr den Vorwurf einer »kostenintensiven Kulturreform im Alleingang« ein (LHD 10/2013: 7). Hinterfragt wurden die Auftragsvergabe durch die Verwaltung, die Qualifikation und die Tätigkeit des Gutachters sowie die Verwendung der 500.000 Euro. Die Verwaltung erklärte, dass der Gutachter für die Beratungsleistungen kein Honorar erhalte, nur eine Monatspauschale zur Erstattung seiner Auslagen. SPD und Grüne plädierten dafür, diese Mittel im Zuge der Haushaltsberatungen für andere kulturelle Projekte, z.B. der freien Szene, zu verwenden. (Ebd.: 7-8) Aus den im Internet verfügbaren Dokumenten ist keine diesbezügliche Beratung zu entnehmen. Stattdessen erfuhr der Kulturausschuss auf Nachfrage der Fraktion Die Linke im Mai 2015, dass diese Mittel für einen Gutachterauftrag für das Schauspielhaus, für Vitrinen, Schimmelbeseitigung, Ankäufe des Goethe-Museums und das Open Source Festival verwendet wurden. Die Ergebnisse des Gutachtens zu den Synergiepotenzialen bei den Museen wurden bislang nicht weiterverfolgt.

Im Oktober 2015 kam das Thema durch eine Anfrage der CDU im Kulturausschuss wieder auf die Tagesordnung, die nun ihrerseits der neuen Stadtregierung aus SPD, Grünen und FDP Intransparenz bezüglich der Strukturreform der Kulturinstitute vorwarf. Der Kulturdezernent verwies auf den Kulturentwicklungsprozess, der im Kulturausschuss am 30. September 2015 auf den Weg gebracht worden war. (LHD 41/ 9/2015: 7)

3.2.3 Quadriennale – Fest der bildenden Kunst

Die Quadriennale sollte als Festival der Bildenden Kunst das Renommee Düsseldorfs als kulturelles Zentrum in Deutschland, dessen Tradition bis ins 17. Jahrhundert zurückreicht, international stärken (LHD 2006: 7). Initiiert durch den Oberbürgermeister, der dafür 5 Millionen Euro bereitstellte, wurde die Idee der Quadriennale von den damals regierenden Fraktionen CDU und FDP vorangetrieben. Alle vier Jahre sollten alle großen Häuser – auf der Achse zwischen Ehrenhof und Grabbeplatz – eine gemeinsame Ausstellung organisieren.

Im ersten Jahr 2006 beteiligten sich unter dem gemeinsamen Titel »Der Körper« sechs große Kunstmuseen, Ausstellungshäuser und die Kunstakademie. Ein zunächst angedachter Koordinator wurde nicht eingesetzt, da die vom Oberbürgermeister vorgesehene »Personalie umstritten« war (Interview). Ein interdisziplinäres Symposium, temporäre Kunst im Außenraum sowie zahlreiche Ausstellungen in den Galerien der Stadt begleiteten das Kunstevent.

Während die Initiatoren und die Stadtverwaltung mit dem ersten Ergebnis mit 380.000 Besuchern sehr zufrieden waren (Kulturreport 2006: 7 und LHD 41/ 1/2007: 3-4), war die Resonanz in der Stadtöffentlichkeit gemischt: Skeptiker sahen in dem Ausstellungsreigen unter dem offenen Dach des Titels »ein Sammelsurium« und »nichts Besonderes« (Interview). Nach einem langen Vorlauf mit Beratungen im Kulturausschuss und Verhandlungen mit dem Künstler kaufte die Stadt »Las Meninas« von Manolo Valdés an, die während der Quadriennale auf der Heinrich-Heine-Allee ausgestellt waren.

Im Kulturausschuss wurde schon bald über die nächste Quadriennale diskutiert. In einer Sitzung im August 2008 erläuterte der Kulturdezernent auf Anfrage der Grünen, dass die Leiter von fünf großen Kunstinstituten bereits mehrfach mit Vertretern der Stadt getagt hätten. Sie hätten sich darauf geeinigt, von der zwischenzeitlich wieder aufgegriffenen Idee einer externen Intendanz Abstand zu nehmen. Zudem sollte seitens der Stadt eine gemeinnützige GmbH zur Durchführung der Quadriennale 2010 gegründet werden, deren Geschäftsführung beim Kulturdezernenten und dem für Kultur zuständigen Referenten im Büro des Oberbürgermeisters liege. (LHD 41/ 6/2007: 3-4) Aufgaben der GmbH seien daneben »Marketing- und PR-Maßnahmen zur Stärkung des Kulturstandortes Düsseldorf« (LHD 2009/2010: 108). Die Pläne stießen bei den Fraktionen der Grünen und der SPD auf Kritik: Es »entstehe der Eindruck, dass die Quadriennale zur Chefsache gemacht und durch die Gründung einer GmbH dem Einfluss des Kulturausschusses entzogen werde« (LHD 41/ 6/2007: 4). Gut ein Jahr später wurde dieser Vorwurf durch Mitglieder des Kulturausschusses wiederholt. Der Vorsitzende wies jedoch darauf hin, »dass die Ausstellungsvorbereitung abgeschlossen sein muss, bevor der Kulturausschuss informiert werden könne« (LHD 41/ 8/2008: 9). Der Kulturausschuss behielt sich vor, über die Mittelverteilung auf die einzelnen Häuser zu bestimmen sowie künftig vierteljährlich über den Planungsstand informiert zu werden

(ebd.: 11-12). Aufgrund eines entsprechenden Ratsbeschlusses wurde die Quadriennale GmbH im Dezember 2008 gegründet.

Unter dem Titel »Quadriennale 2010 – Kunstgegenwärtig« nahmen zehn Kunst- und Ausstellungshäuser teil. Ausgehend vom Kunstschaffen in den 1960er Jahren wollten sie die Impulse Düsseldorfs für die nationale und internationale Kunstszene sichtbar machen. Veranstaltungen weiterer Partner und Ausstellungen von Galerien sowie ein Symposium begleiteten auch diese Quadriennale. Ein Besucherservice wurde eingerichtet, die Marketing- und PR-Maßnahmen wurden verstärkt und mit dem Label »ArtCity« verknüpft, um dieses mit Leben zu füllen. In ihrem Bericht gegenüber dem Kulturausschuss zeigten sich die beiden Geschäftsführer der Quadriennale GmbH sehr zufrieden. Die geringere Anzahl von 250.000 Besuchern sei angesichts der kürzeren Laufzeit der Ausstellungen positiv zu bewerten und das – auch internationale – Medienecho bisher unerreicht (LHD 41/ 1/2011: 7). Zudem sahen sie sich durch eine Besucherbefragung bestätigt, »dass die Quadriennale das Image Düsseldorfs als Kunststadt fördert« (LHD 2009/2010: 111).

Die positive Einschätzung dieses Kunstereignisses wurde von Grünen und SPD im Kulturausschuss nicht gänzlich geteilt, denn das Gesamtkonzept sei nicht deutlich geworden. Positiv hervorgehoben wurde von der SPD-Fraktion die Lange Nacht der Quadriennale. Sie bat darum, das Leitthema besser mit dem Kulturausschuss zu kommunizieren, und die Linksfraktion sprach sich für eine stärkere Einbeziehung der Kulturellen Bildung aus. Die CDU-Fraktion wünschte sich künftig mehr Außenprojekte und den Ankauf eines Objektes als Erinnerungsstück. (LHD 41/ 8/2011: 10)

Mit diesen Anregungen ging die Geschäftsführung in die Planung des nächsten Events. Erstmals wurde mit Wolfgang Ullrich ein Programmleiter bestellt, der die Aktivitäten der inzwischen 13 Kunst- und Ausstellungshäuser (einschließlich der Kunstakademie) koordinierte. Unter dem Leitthema »Über das Morgen hinaus!« erreichte die Quadriennale 2014 316.000 Besucher (LHD 2013/2014: 90). Die Werbemaßnahmen auf nationalem und internationalem Parkett wurden verstärkt und das Begleitprogramm mit 15 Aktionen (darunter viele künstlerische Interventionen im Außenraum) bürgernäher gestaltet. Aber – so die Kritik in der Lokalpresse – trotz hochrangiger Ausstellungen fehlte dem Event das zündende Profil (Müller 8.8.2014).

Bereits vor ihrer Durchführung hatte sich die neue Ratsmehrheit aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in ihrer Kooperationsvereinbarung gegen eine Fortsetzung der Quadriennale ausgesprochen. Die Mittel in Höhe von gut 4 Millionen Euro sollten der Kultur erhalten bleiben, jedoch »nachhaltiger« eingesetzt werden. »Aber«, hieß es in der Lokalpresse, »es gibt auch andere Stimmen – sogar mehr als vor einem Jahr. Wenn man sich in Kultur und Politik umhört, merkt man, dass plötzlich doch wieder viele von einem Kunstfest 2018 träumen.« (Lieb 9.9.2014) Und: »Alle Institutsleiter der beteiligten Häuser

hätten sich für ein Weiterführen der Quadriennale ausgesprochen – schließlich werfe die Ausstellung einen Spot auf die Kunstkraft dieser Stadt.« (Bosetti 7.10.2014)

Schon mit der ersten Quadriennale hatte die Stadt einen Kunstpreis ins Leben gerufen, der zunächst jährlich vergeben, per Ratsbeschluss im September 2012 dann an die Quadriennale gebunden wurde. Trotz der Warnung des Bürgermeisters und Kulturausschussvorsitzenden, dem »Image der Stadt als Kunstmetropole« (Lieb 10.2.2015) nicht noch eine »tiefe Schramme« (ebd.) zuzufügen, wurde er mit der Quadriennale eingestellt.

3.3 Masterplan Kulturbauten

An den Beispielen Schauspielhaus, Oper und Museen wurde es im Vorhergehenden dargestellt: Schon viele Jahre stehen in zahlreichen und vielfach denkmalgeschützten Kulturimmobilien Düsseldorfs Sanierungen an. Neben den großen Flaggschiffen der Kunst betrifft dies auch die Zentralbibliothek und viele kleinere Kulturhäuser. Kaum eine Sitzung des Kulturausschusses der letzten zehn Jahre blieb von diesem Thema verschont. Immer wieder wurden Zuschüsse zu Sanierungen von städtischen Instituten und Einrichtungen freier Träger bewilligt.

Im Zuge der Haushaltsberatungen beantragte die SPD-Fraktion im Herbst 2008 im Kulturausschuss, die Verwaltung mit der Erstellung eines Masterplans für die Sanierung und Restaurierung der städtischen Kultureinrichtungen zu beauftragen. Zudem sollte der Kulturausschuss dem Stadtrat empfehlen, den Ansatz für Baumaßnahmen um 2 Millionen Euro jährlich für die städtischen Kultureinrichtungen zu erhöhen. (SPD-Ratsfraktion 2008) Da dieser Antrag von CDU, FDP und Grünen abgelehnt wurde (LHD 41/11/2008: 21-22), brachte die SPD ihn im folgenden Jahr wieder ein – abermals erfolglos (LHD 41/7/2009: 19). Aus den Dokumenten des Kulturausschusses sind keine Gründe für die Ablehnung ersichtlich, auch nicht, wann und in welchem Gremium dann doch ein Masterplan Kultur beschlossen wurde.¹²

Im Januar 2010 jedenfalls berichtete der Kulturdezernent aufgrund einer Anfrage der SPD, dass »dieser die strategische Vorgehensweise zur Sanierung, Modernisierung und Erweiterung (der Kulturgebäude der Stadt) für die nächsten Jahre enthalten« solle. Er werde unter Einbeziehung von Kulturinstituten und freien Trägern erstellt. (LHD 41/ 1/2010: 4)

Doch in den folgenden Monaten und Jahren wurde zwar bei Berichten zu Sanierungsbedarf (z.B. im tanzhaus nrw oder im Aquazoo/Löbbecke-Museum) auf den Masterplan Kulturbauten verwiesen und seine Erstellung angemahnt, vorgelegt wurde er bis zum Ende des Berichtszeitraums aber nicht.

12 Eine Recherche in den Niederschriften des Stadtrates und des Bauausschusses aus dem Jahr 2009 ergab kein Ergebnis.

Auf wiederholte Anfragen aus den Reihen der SPD im Kulturausschuss 2013 nach dem Sachstand des Masterplans Kulturbauten, erklärte die Verwaltung, dass »in den vergangenen Jahren eine Bestandsaufnahme notwendiger und wünschenswerter Investitionen in die Kulturgebäude« erstellt worden sei. Anhand derer würden sicherheitsrelevante und Substanz erhaltende Maßnahmen prioritär abgearbeitet. (LHD 41/ 6/2013: 7-8). Einen »abgestimmten Beschluss der Verwaltung zu einem Masterplan Kultur« gebe es bisher nicht (LHD 41/ 7/2013: 4). Aufgrund einer Anfrage der CDU zur Nutzung einer Fläche neben der Zentralbibliothek kam auch deren Sanierung ins Gespräch. Diese habe, so der Kulturdezernent, im Masterplan nicht die höchste Priorität. (LHD 41/ 5/2015: 11) Auch wenn in den Sitzungsunterlagen und in der Lokalpresse bereits Bezug darauf genommen wurde (z.B. Lieb 24.3.2015) – öffentlich präsentiert wurde die Bestandsaufnahme seitens der Verwaltung nicht. Da half es auch nichts, dass im Oktober 2015 die CDU erneut im Kulturausschuss einen Antrag mit dem Titel »Schluss mit der Warteschleife« stellte. Inzwischen hatten die Mehrheiten im Rat gewechselt und es war bereits die Erstellung des Kulturentwicklungsplans (KEP) auf den Weg gebracht worden. Unter Hinweis auf den KEP wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt. In diesem Zusammenhang wies der Kulturdezernent darauf hin, »dass gerade das Heinrich-Heine-Institut, das SchiffahrtMuseum und die Mahn- und Gedenkstätte saniert wurden und in Kürze das Stadtmuseum in Angriff genommen werde« (LHD 41/ 9/2015: 10).

3.4 Kulturelle Teilhabe

3.4.1 Kulturelle Bildung, Kunst- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche

Wie die Theatergemeinschaft Düsseldorf-Duisburg gehört die Kulturelle Bildung zu den kulturpolitischen Themen, auf die man in Düsseldorf stolz ist. Ausgelöst durch eine bundesweite Debatte um eine Stärkung der kulturellen Bildung und begünstigt durch Landesprogramme wurde dieses Thema seit Anfang der 1990er Jahre insbesondere vom damaligen Kulturdezernenten und dem Kulturamt vorangetrieben. Durch den breiten fraktionsübergreifenden Konsens in der Politik, die Verankerung im Stellenplan des Kulturamtes, durch die Mitwirkung vieler interessierter Kulturinstitute, der Kunstakademie und vieler Künstlerinnen und Künstler konnte sich das Angebot der Kulturellen Bildung in der Stadt gut entwickeln; die Stadt sei – so die einhellige Meinung in den Interviews – Vorreiter in Deutschland.

Im Kulturausschuss nimmt dieses Thema einen breiten Raum ein. Im Betrachtungszeitraum wird häufig und regelmäßig über Aktivitäten der kulturellen Bildung seitens des Kulturamtes, der Kulturinstitute und Schulen/Kitas berichtet, in einer Häufigkeit und Ausführlichkeit, die es für keinen anderen Bereich gibt. Es ist das einzige Thema – so reflektieren es jedenfalls die Niederschriften –, für das seitens der Verwaltung Konzepte erarbeitet wurden, die im Kulturausschuss auf breite Zustimmung stießen und von Politik und Verwaltung weiterverfolgt wurden. Das Interesse der Politik war und ist groß, immer wieder wur-

den ausführliche Informationen zu Angeboten, Kooperationen, Kosten und Nutzung durch die Zielgruppen angefragt.

Drei richtungsweisende politische Vorgaben waren die so genannten Bildungsoffensiven, deren erste im Januar 2000 vom Rat beschlossen wurde (LHD 41/ 3/2006). In der Folge entwickelte sich ein komplexes Angebot, für das Kultur- und Schulverwaltung sowie Jugendhilfe kontinuierlich zusammenarbeiten. Beteiligt sind Künstler, Kulturinstitute, Jugendfreizeiteinrichtungen und Schulen. In der Verzahnung mit den Angeboten der freien Träger, Kirchen, Vereine und Verbände unter Einbeziehung des Vorschulbereichs und der Eltern entstand ein ganztägiges Bildungsangebot. Sichtbares äußeres Zeichen für diese Vernetzung war die 3. Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung 2012 mit dem Schwerpunktthema »Kulturelle Bildung«. Das Konzept der Kulturellen Bildung in Düsseldorf wurde hier im Kontext mit gesamtstädtischen Konzepten, Planungen und Verfahren vorgestellt (LHD 40/64/2012).

2007 und 2009 wurde Düsseldorf beim landesweiten Wettbewerb für kommunale Gesamtkonzepte zur kulturellen Bildung ausgezeichnet.

Die zentralen Aktivitäten mit Beteiligung des Kulturamtes in diesem Bereich sind¹³:

- das Projekt bzw. Programm »Jugend, Kultur und Schule« startete 2002 in Zusammenarbeit mit dem Schul- und dem Jugendamt, koordiniert vom Kulturamt, ergänzt um Projekte im Rahmen des NRW Landesprogramms Kultur und Schule, das 2006 startete,
- »ARTIG Zentrale für Culturelle Entwicklung«, seit 2014 Nachfolgeprojekt von »Düsseldorf ist ARTig«, einem Projekt zur Kreativitätsförderung von Jugendlichen in Kooperation mit der Vodafone Stiftung Deutschland gGmbH, das 2004 startete,
- »Kulturführerschein« für Kinder ermöglicht vorbereiteten und angeleiteten Besuch einer Kultureinrichtung, der Vorläufer startete in ehrenamtlich durchgeführter Form 2004 an einer Schule, die Ausdehnung auf Ganztags- und Förderschulen erfolgte 2012,
- das »Düsseldorfer Modell« – Qualitätsmanagement für künstlerische Angebote in der Offenen Ganztagsgrundschule startete 2004,
- die »Singpause« in Düsseldorfer Grundschulen, organisiert durch den städtischen Musikverein in Kooperation mit dem Kulturamt, startete 2006,

13 Diese Auswahl ist den zahlreichen Berichten der Verwaltung im Kulturausschuss zwischen 2006 und 2015 entnommen, die zugunsten einer besseren Lesbarkeit nicht einzeln aufgeführt werden: LHD 41/ 92/2006, LHD 41/ 177/2007, LHD 41/ 5/2009, LHD 41/ 118/2010, LHD 41/ 3/2011.

- »Take-off: Junge Tanzkunst«, künstlerisch qualifizierte Vermittlung von Tanzkunst an Kinder und Jugendliche, in Kooperation mit Instituten und freien Trägern (koordiniert von tanzhaus nrw), startete 2006,
- der »Düsseldorfer Kulturrucksack«, musisch-kulturelles Angebot für Kitas, Grundschulen, Hauptschulen und Jugendfreizeiteinrichtungen (Beteiligung am Landesprogramm Kulturrucksack NRW) startete 2007, wird vom Kulturamt in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen Jugend und Schule durchgeführt,
- »Künstlerpatenschaften«, startete 2008 wie auch der »Kulturrucksack« im Rahmen des landesweiten Modellprojektes zum Thema »Kulturelle Bildung im Elementarbereich«, nach dessen Abschluss die Zusammenarbeit zwischen Kultur- und Jugendamt, Kindertagesstätten und Künstler/innen fortgesetzt wurde,
- »Lesestart – Drei Meilensteine für das Lesen«, Projekt des BMBF und der Stiftung Lesen, zielt auf Eltern und ihr Erzählen und Vorlesen ab Kleinkindalter, 2011 in Düsseldorf gestartet, in Zusammenarbeit mit Arztpraxen und Stadtbüchereien.

Daneben gibt es zahlreiche weitere Initiativen und Projekte von freien Trägern, Vereinen und Engagierten, z.B. seit 2005 die Initiative »Düsseldorf liest vor« (ehrenamtliche Vorlesepaten in Stadtbüchereien). Günstig für die Entwicklung der kulturellen Bildung in NRW ist, neben der Förderung durch die Bundesregierung und das Land NRW, auch das Engagement von Stiftungen, wie bei den Schultheatertagen der Stiftung Mercator und der Körber-Stiftung (LHD 41/ 7/2011: 8).

Hervorgehoben wurde in den Interviews und gelegentlich im Kulturausschuss die besondere Bedeutung der Stadtteilbüchereien für die kulturelle Bildung, die jeweils Kinder- und Jugendbibliotheken umfassen. 2009 wurde der Medienbereich für Kinder ausgebaut. Die Stadtteilbüchereien verfügen über einen großen Rückhalt in Politik und Verwaltung. Sie wurden alle innerhalb der letzten zehn Jahre auf der Grundlage eines Masterplans saniert.

Auf Antrag der CDU- und FDP-Fraktionen wurde 2006 die Verwaltung mit der Ermittlung des Besucherverhaltens von Kindern und Jugendlichen bei der Nutzung des kulturellen Angebots der Düsseldorfer Kulturinstitute und – unter Einbeziehung der Zielgruppen – mit der Entwicklung eines zielgruppenorientierten Marketingkonzepts für Kinder und Jugendliche beauftragt (CDU-/FDP-Ratsfraktionen 2006). Ergebnis dessen ist das Jugendkulturkonzept »Culture to be«, das dem Kulturausschuss 2009 vom Zentrum für Kulturforschung (ZfKf) vorgelegt wurde (LHD 41/ 1/2009: 8). Es beinhaltet gemeinsam mit Jugendlichen und Kulturinstituten erarbeitete praxisorientierte Vermittlungs- und Kommunikationskonzepte.

Seitens der SPD-Fraktion wurde im Herbst 2009 bemängelt, »dass in der Vergangenheit Chancen vertan wurden, neue Zielgruppen für das Projekt zu erschließen« (LHD 41/ 6/2009: 12). Wiederholt wurde um Berichte zum Stand der Umsetzung der Ergebnisse aus dem Konzept »Culture to be« gebeten. In den folgenden Jahren kamen Kulturausschuss und Verwaltung immer wieder auf dieses Konzept zurück, Kulturinstitute griffen Erkenntnisse auf und führten bei der Erarbeitung des Konzepts angestoßene Prozesse weiter. Auch das Konzept der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Förderung der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen, das die Verwaltung im Januar 2011 dem Kulturausschuss vorlegte (LHD 41/ 1/2011: 5), baute ausdrücklich auf dem Konzept »Culture to be« auf und bündelte alle Maßnahmen der kulturellen Bildung.

Trotz dieser weitgehenden Einigkeit scheint es zwischen den Fraktionen unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Entwicklung des Angebotes der kulturellen Bildung zu geben. Im Betrachtungszeitraum gab es eine ganze Reihe von Anträgen zur Ergänzung der Kinder- und Jugendkulturarbeit um konkrete Angebote (z.B. Kultur-Jugendförderpreis, LHD 41/ 7/2006: 8) oder zur Erhöhung der Mittelansätze für Jugendkulturarbeit (z.B. mit Schwerpunkt auf interkulturelle Projekte, Bündnis 90/Die Grünen 2006), die von der knappen Mehrheit der CDU und FDP abgelehnt wurden. Begründungen gehen aus den Niederschriften der Kulturausschusssitzungen nicht hervor. Interessant ist vor diesem Hintergrund die in einem Interview geäußerte Ansicht, dass die kulturelle Bildung in Düsseldorf – auch wenn sie auf Kinder und Jugendliche fokussiert sei – im Sinne von integrativer Kulturarbeit auch interkulturelle Angebote sowie Angebote für ältere Menschen einbeziehe. Inwiefern dies der Fall ist beziehungsweise ausreichend ist, scheint zumindest unterschiedlich bewertet zu werden.

Auf Vorschlag der Verwaltung stellten zwischen Juni 2012 und Januar 2014 regelmäßig ein bis zwei Kulturinstitute ihre kulturelle Bildungsarbeit in den Ausschuss-Sitzungen vor (LHD 41/ 2/2012: 11). Ausdrücklich wünschte sich der Kulturausschuss, daran »Einrichtungen der freien Szene zu beteiligen und die Weiterentwicklung des Gesamtkonzepts im Blick zu behalten« (ebd.). Zudem sollten die Bezüge zwischen dem museumspädagogischen Angebot der Einrichtungen und den Lehrplänen der Schulen dargestellt werden sowie die Angebote für schwererreichbare Jugendliche (LHD 41/ 7/2012: 9).

3.4.2 Barrieren abbauen

In der Wahrnehmung der Interviewpartner spielte das Thema Abbau von Barrieren oder umgekehrt: Zugang zu Kunst und Kultur in der Düsseldorfer Kulturpolitik keine große Rolle. Die Protokolle der Kulturausschuss-Sitzungen zeigen jedoch ein anderes Bild: Immer wieder wurde im Untersuchungszeitraum über Vergünstigungen der Eintrittsgelder für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, für Studierende und Menschen mit geringem Einkommen diskutiert. Auch die Barrierearmut der städtischen Kulturinstitute

für Menschen mit Behinderungen war wiederholt Thema sowie zusätzliche Angebote, die einen niedrigschwelligen Zugang zu Kultur bieten.

Eintrittsgelder

Eine zentrale Frage in diesem Kontext ist diejenige nach den Eintrittsgeldern. Für Kultureinrichtungen beziehungsweise die Stadt sind sie ein Baustein für die Refinanzierung von Betriebskosten, große Teile der Bevölkerung nehmen sie jedoch als Hemmnis für die Nutzung der Kulturangebote wahr. Eine städtische Subventionierung zugunsten von Familien und einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen scheint daher geboten und wird vor dem Hintergrund sowohl sozial- als auch bildungspolitischer Zielsetzungen verfolgt. Die folgende Darstellung zeigt unter anderem, wie kleinteilig die Inhalte sind, mit denen sich der Kulturausschuss befasst.

In der Umsetzung zeigt sich, dass neben Menschen mit erschwerten Zugangsvoraussetzungen auch andere Interessensgruppen in die Modelle der Eintrittsreduzierung oder -befreiung einbezogen werden. So genießen neben Inhabern des Düsseldorfpasses, der Düsseldorf Welcome Card, der Künstlerkarte sowie Schwerbehinderten auch Mitglieder des Freundeskreises des jeweiligen Museums, Pressevertreter sowie Mitglieder des Kulturausschusses freien Eintritt in die städtischen Kulturinstitute (LHD 41/162/2011: 1).

Die Festsetzung der Eintrittspreise in den städtischen Einrichtungen ist Gegenstand von Verhandlungen im Kulturausschuss, der Beschlussvorlagen für den Rat beschließt. Neben den Eintrittspreisen für die Tonhalle/Düsseldorfer Symphoniker und das Stadtmuseum standen im Betrachtungszeitraum diejenigen der städtischen Museen im Fokus. Sie wurden Anfang 2012 nach sieben Jahren erhöht (LHD 41/10/2011).

Die Mahn- und Gedenkstätte sowie der Kunstraum Düsseldorf können von allen Menschen kostenfrei besucht werden. Der Eintritt in die Dauerausstellung des Stadtmuseums war zwischen Mitte 2004 und Ende 2012 frei – eine Regelung, die gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen SPD, Grüne und Linke aufgehoben wurde (LHD 41/10/2012: 16).

Den Düsseldorfpass gibt es seit 1997. Die Landeshauptstadt Düsseldorf stellt ihn Sozialhilfeberechtigten, Personen mit vergleichbar geringem Einkommen sowie Beziehern von Arbeitslosengeld II ab 15 Jahren aus. Im Kulturbereich berechtigt der Düsseldorfpass zu kostenlosem Eintritt in die städtischen Museen sowie zur kostenlosen Nutzung der Stadtbüchereien. Ermäßigungen bis zu 50 Prozent bieten die Deutsche Oper am Rhein, das Schauspielhaus, das Forum Freies Theater, die Kunsthalle, KIT, das NRW-Forum, das tanzhaus nrw, die Tonhalle und das Zentrum für Aktion, Kultur und Kommunikation (zakk). Die Kunstsammlung NRW, die sich als Landeseinrichtung nicht am Düsseldorfpass beteiligt, gewährt dem gleichen

Personenkreis ebenfalls kostenlosen Eintritt. Die Kenntnis dieser Regelungen ist relevant, um zu verstehen, warum Anträge, mit denen kostenloser Eintritt in diesen Einrichtungen erreicht werden sollte, im Kulturausschuss abgelehnt wurden.

Mit Ratsbeschluss vom Mai 2004 wurde in den Museen Heinrich-Heine-Institut, Theatermuseum, Stadtmuseum, Goethe-Museum, Filmmuseum und Hetjens-Museum eine »Happy Hour« eingeführt, in deren Rahmen die letzte Stunde der Öffnungszeiten eintrittsfrei ist. Eine dreijährige Pilotphase von Dezember 2000 bis November 2003 hatte ergeben, dass über 2 Prozent der Besucher dieser Häuser das Angebot nutzten. Aufgrund der positiven Wahrnehmung in der Öffentlichkeit beschloss der Kulturausschuss es dauerhaft einzuführen (LHD 41/ 5/2008: 3-4). Seit Anfang 2015 wird zudem bei Vorlage der Ehrenamtskarte NRW in den städtischen Museen Nachlass auf den regulären Eintrittspreis gewährt (LHD 41/ 11/2014: 16-17).

Um darüber hinaus Kinder und Jugendliche zu motivieren, in ihrer Freizeit außerhalb des schulischen Kontextes Kulturangebote zu besuchen, haben sie seit Juli 2005 freien Eintritt in den städtischen Kulturinstituten. Auch diese Regelung startete mit einem Modellversuch von 2005 bis 2006 in einigen Museen (LHD 41/ 68/2006). Der Antrag der SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen 2008, auch in nicht städtischen Museen freien Eintritt für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen, wurde von CDU und FDP gegen SPD und Grüne abgelehnt (LHD 41/ 8/2007: 12). In Zusammenarbeit mit dem Sozialamt organisiert das Kulturamt die Beteiligung der städtischen Kulturinstitute, der kulturellen Beteiligungsgesellschaften und der vom Kulturamt geförderten, nicht-kommerziellen freien Träger am Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung (LHD 41/ 6/2011: 6-7).

Ende 2011 brachten die Grünen mit einem Antrag die Initiative zur Gründung einer Kulturloge in Düsseldorf in den Kulturausschuss ein, über die nicht verkaufte Eintrittskarten für Kulturveranstaltungen der Stadt kostenlos an Personen mit geringem Einkommen verteilt werden können (LHD 41/ 10/2011: 5). Mit der Unterstützung der Stadt gründete sich zu diesem Zweck Ende 2012 der Verein Kulturliste Düsseldorf e.V.

Die Art:card Düsseldorf

Einen weniger dezidiert sozialen Hintergrund als die Ermäßigung oder der Erlass von Eintrittsgeldern hat die Art:card Düsseldorf. Sie ist vor allem als Marketinginstrument zu sehen, das der Kundenbindung dient. Sie wurde 1994 als Jahreskarte (für 100 DM) für alle Düsseldorfer Museen eingeführt. Seitdem wurde das Angebot konsequent ausgebaut, um die Kundenzufriedenheit zu erhalten und zu steigern. In folgenden Jahren wurden Museen und Ausstellungshäuser in Neuss, Dormagen, Jüchen und Mettmann in das Art:Card-Angebot aufgenommen. Seit 2001 gilt sie als Eintrittskarte für die Nacht der Museen.

1997 führte die Art:card junior zusätzliche Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche ein und seit 1999 bietet die Art:card plus zusätzlich einen Preisnachlass auf Veranstaltungen im Bereich Oper, Theater, Tanz und Konzerte. (LHD 41/ 133/2006: 2)

Die Preisgestaltung der Jahreskarte ist Gegenstand des Kulturausschusses, der 2009 aufgrund der gestiegenen Nutzung der Art:card – gegen die Stimmen der SPD – eine leichte Erhöhung der Preise durch den Rat beschloss (LHD 41/ 2/2009: 14-15). Ähnlich wie die Diskussion um die Eintrittsgelder zeigt auch diejenige um die Art:card, welcher großer Aufwand von Kulturpolitik und -verwaltung betrieben wird, um mit kleinen Stellschrauben mehr Menschen zur Nutzung der Kulturangebote zu motivieren.

Um den Service und Vertrieb der Art:card zu verbessern, arbeitet das Kulturamt seit 2002 mit der Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH (DMT) zusammen. Dies machte sich in einer Steigerung der durchschnittlichen Absatzzahlen bemerkbar. Kommunikativ wird das Art:card-Angebot seit 1999 durch die Herausgabe der Broschüre d:Art News begleitet, die alle Art:card-Besitzer dreimal jährlich erhalten, sowie seit 2002 durch einen von der DMT dreimal jährlich produzierten Art:card Newsletter, der zusätzliche Informationen bietet. (LHD 41/ 133/2006: 2)

Als die Mehrzahl der Düsseldorfer Museen im Juli 2005 freien Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre einführte, wurde die Art:card für Jugendliche zunächst eingestellt, aufgrund von Bürgerprotesten im Sommer 2006 jedoch wieder eingeführt, da sie – wie dargestellt – deutlich umfangreichere Leistungen bot. Zugleich wurde sie auf ein Nutzeralter bis 21 Jahre ausgedehnt. (LHD 41/ 46/2006)

Das Kulturamt führte im September 2006 mithilfe einer externen Agentur eine schriftliche Befragung der Art:card-Besitzer durch, deren Ergebnis im Kulturausschuss vorgestellt wurde (LHD 41/ 133/2006). Die Studie zeigte, dass die Art:card zu einem häufigeren Besuch von Museen, auch Mehrfachbesuchen einzelner Ausstellungen, führt. Gut 72 Prozent der Art:card-Besitzer nutzen die Art:card häufiger als sechs Mal pro Jahr für einen Museums-/Ausstellungsbesuch. Besucht werden alle Museen und Ausstellungsinstitute, eindeutiger Favorit ist dennoch K20, es folgen K21, NRW-Forum und Museum Kunstpalast (ebd.: 4). Vor besonderen Ausstellungsereignissen, dies zeigte die Studie, steigt der Umsatz aus dem Art:card-Verkauf deutlich an, besonders sichtbar vor der Quadriennale 2006 (ebd.: 2). Nur 5 Prozent der Befragungsteilnehmer waren zwischen 19 und 35 Jahre alt. Daraus zogen die Sozialdemokraten den Schluss, dass es eine gesonderte Art:card für Studierende geben müsse. Bis zu deren Einführung dauerte es allerdings einige Jahre. 2007 beantragte die SPD-Fraktion, die Art:card und Art:card Plus für Studierende zum halben Preis anzubieten. Der Antrag wurde mit der knappen Mehrheit der Stimmen der CDU und der FDP gegen SPD und Grüne abgelehnt. 2009 wurde die Verwaltung beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Hochschulen der Stadt ein Konzept für ein Kulturscheckheft für Erstsemester und Neuimmatrikulierte zu erstellen, das bestehende Vergünstigungen für Studierende bündeln sollte. Der Ergän-

zungsantrag der Linksfraktion zur Ausweitung des Angebots auf alle über 16-jährigen Jugendlichen wurde wiederum von CDU und FDP abgelehnt. Nach mehreren erfolglosen Vorstößen in den folgenden Jahren seitens der SPD wurde inzwischen die Art:card student für Studierende und Auszubildende eingerichtet, die den Leistungsumfang der Art:card zum halben Preis anbietet.

Eine Vergünstigung beim Erwerb der Art:card für Mitglieder der Freundeskreise der Kulturinstitute gab es dagegen auf Antrag der CDU-Fraktion im Oktober 2014 mit mehrheitlicher Zustimmung (LHD 41/8/2014).

Ausstattung für Menschen mit besonderen Bedürfnissen

In den vergangenen fünf Jahren ist in Düsseldorf das Bewusstsein für die Belange von Menschen mit besonderen Bedürfnissen gestiegen und mit ihm die behindertengerechte Ausstattung der Kulturinstitute. Eine Anfrage der SPD-Fraktion ergab Mitte 2010, dass die Düsseldorfer Theater und die Oper nicht bzw. nur unzureichend mit Hörverstärkern ausgestattet waren (LHD 41/ 7/2010: 3). Im Großen Haus des Düsseldorfer Schauspielhauses war eine Modernisierung geplant, in den anderen Häusern nur angedacht. Auch die SPD-Anfrage ein Jahr später bezüglich der behindertengerechten Ausstattung der Kulturinstitute ergab ein unbefriedigendes Bild – wenn auch ein besseres als bei Schauspielhaus und Oper. Das Stadtmuseum bot Führungen für Sehbehinderte oder Blinde an, der Aquazoo und das Heinrich Heine Institut hatten Audioguides, das Stadtarchiv verfügte bereits über Bodenleitsysteme und Tafeln in Brailleschrift. Weitere Häuser sollten im Zuge anstehender Umbauarbeiten nachgerüstet werden (Kulturamt 41/ 6/2011: 5-6). Ein Quantensprung scheint dagegen fünf Jahre später erfolgt zu sein: Auf Anfrage der Linkenfraktion bezüglich der Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit geistiger Behinderung, Blinde und Sehbehinderte, Rollstuhlfahrer sowie Gehörlose, Hörbehinderte und ältere Menschen auch mit Demenz im Mai 2015 erhielt der Kulturausschuss einen ausführlichen Bericht seitens der Kulturverwaltung über erfolgte Verbesserungen in einzelnen Häusern, Handlungsschwerpunkte, Zuständigkeiten und Verfahren. Sämtliche Sanierungsmaßnahmen in städtischen Kulturinstituten und Neubauvorhaben würden im Vorfeld mit dem »Runden Tisch Bauen«, an dem Interessenvertreter von Menschen mit Behinderung beteiligt sind, erörtert. Alljährlich berichte die Verwaltung unter Federführung des Amtes für soziale Sicherung und Integration über die Fortschritte bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am öffentlichen Leben in der Stadt und damit auch im Kulturbereich (LHD 5/2015: 3-4).

Niedrigschwellige Kulturangebote

Immer wieder – verstärkt seit 2010 – wurden im Untersuchungszeitraum Vorschläge seitens der Kulturausschussmitglieder zu niedrigschwelligen Kulturangeboten für alle Altersgruppen eingebracht. So fragte beispielsweise im August 2007 die SPD-Fraktion nach der Umsetzung einer seitens aller Fraktionen

gewünschten Theaternacht, erhielt allerdings seitens des Kulturdezernenten eine abschlägige Antwort. Neben organisatorischen Schwierigkeiten befürchtete er, dass dieses Format der »Häppchenkultur« Vorschub leiste und den aufgeführten Werken nicht gerecht werde (LHD 41/ 6/2007: 4-5).

Im Vergleich zu Städten wie Berlin, Nürnberg, Hannover, Hamburg oder Bremen gibt es in der Düsseldorfer Kulturpolitik und -verwaltung eine gering ausgeprägte Vorstellung von Stadtteilkulturarbeit. Vor dem Hintergrund einer Künstler- und Bürgerinitiative für die Einrichtung eines Kulturzentrums im alten Bahnhof in Gerresheim, stellte die Fraktion Die Linke im Januar 2009 eine Anfrage bezüglich der Förderung der Stadtteilkultur in Düsseldorf. In seiner Antwort verwies der Kulturdezernent auf einzelne Kultureinrichtungen wie den Kultur Bahnhof Eller, das zakk, das Theater an der Luegallee sowie Künstlerteliers und Off-Räume, die durch das Kulturredamt gefördert würden. Besondere Bedeutung käme jedoch der flächendeckenden Infrastruktur der Bürgerhäuser (die dem Jugendamt zugeordnet sind) und Stadtteilbüchereien zu, die Veranstaltungen für Kinder (u.a. Leseförderung) und Erwachsene (Lesungen von Düsseldorfer Autoren, Ausstellungen von ortsansässigen Hobby-/Künstlern etc.) anböten. Ein Ratschlag Stadtteilkultur (nach Hamburger Modell) wurde unter Hinweis auf bereits in ausreichendem Maße stattfindende Tagungen als nicht notwendig erachtet (LHD 41/ 1/2009: 5-6).

Unkompliziert entschied der Kulturausschuss über den Antrag des Jugendrates im Mai 2009: Einstimmig beauftragte er die Verwaltung mit der Durchführung eines kostenlosen eintägigen Graffiti-Workshop für Jugendliche, »denen keine Möglichkeiten gegeben sind, der Kunst des Sprayens legal nachzugehen« (LHD 41/ 4/2009: 14).

Auf Initiative des Literaturbüros NRW e.V. und aufgrund einer Anfrage der CDU- und FDP-Fraktionen befasste sich im September 2010 der Kulturausschuss erstmals mit der Möglichkeit, in Düsseldorf Bücherschränke aufzustellen (LHD 41/ 8/2010: 4). Nach Gesprächen der Kulturverwaltung mit Bezirksvertretungen und allen Beteiligten über die Standortwahl, Kosten, Versicherung und die Übernahme der Patenschaften für die Schränke konnte im Sommer 2011 der erste Bücherschrank am Rheinufer, in unmittelbarer Nähe des KIT, eröffnet werden. Ende 2011 erhielt das Literaturbüro NRW e.V. Mittel für die Aufstellung von drei weiteren Bücherschränken (LHD 41/ 165/2011).

Mit ihrer knappen Mehrheit von einer Stimme lehnten die Fraktionen der CDU und der FDP einen Antrag der SPD ab, über Kunst- und Kulturangebote mehrsprachig zu informieren, um Jugendliche mit Migrationshintergrund zu erreichen. Gründe sind den Ausschussdokumenten nicht zu entnehmen (LHD 41/ 5/2011: 5)

Angesichts der zunehmenden Zuwanderung von Geflüchteten im Sommer 2015 stellte sich im Kulturausschuss die Frage nach kulturellen Angeboten für Flüchtlinge. Auf Anfrage der SPD erläuterte das Kulturdezernat, dass Flüchtlinge den Düsselpass und damit kostenlosen oder ermäßigten Zugang zu den

städtischen Kulturinstituten erhielten. Außer der Tonhalle in Kooperation mit Jugendmigrationsdienst der Diakonie hatte zu der Zeit kein städtisches Kulturinstitut Angebote für Geflüchtete entwickelt. Das Kulturamt plante in Kooperation mit der Kommunalstelle für Integration und Bildung künstlerische Projekte mit Seiteneinsteigerklassen im Rahmen des NRW-Landesprogramms Kultur und Schule. Besonders relevant seien für geflüchtete Menschen aufgrund des Internetzugangs und mehrsprachiger Medien die Stadtbüchereien (LHD 41/ 5/2015).

3.5 Kunst im öffentlichen Raum

Kunst im öffentlichen Raum ist ein vielschichtiges und auch ein heikles Thema: Zum einen steckt dahinter die Idee, die Kunst zu demokratisieren, indem Bürger in ihrem Alltag mit Kunstwerken konfrontiert werden, zum anderen birgt sie Prestigepotenzial, wenn die aufgestellten Werke von entsprechendem Rang, gut positioniert und in gutem Zustand sind. In einigen Städten wird sie als Instrument der Künstlerförderung genutzt. Heikel ist das Thema vor allem aufgrund geteilter Zuständigkeiten für den öffentlichen Raum einerseits und die Kunst andererseits. Zudem bedarf Kunst im öffentlichen Raum permanenter Pflege, da sie zerstörerischen Faktoren wie Wetter, Luftverschmutzung und Vandalismus ausgesetzt ist.

Anders als in München oder Hamburg gibt es in Düsseldorf bis heute kein einheitliches Verfahren für Entscheidungen über Aufstellung, Umbettung, Entfernung oder Restaurierung von Kunstwerken im öffentlichen Raum. Über die Annahme von Schenkungen berät der Kunstbeirat beziehungsweise der Kulturausschuss und spricht entsprechende Beschlussempfehlungen für den Stadtrat aus. Platzgestaltungen liegen in der Zuständigkeit der Bau- und Planungsverwaltung sowie den entsprechenden politischen Gremien, die je nach Anlass die Kultur einbeziehen. (LHD 41/ 5/2010: 3)

In der Überzeugung, dass Entscheidungsverfahren das Ergebnis maßgeblich bestimmen, setzte sich stadtraum.org, ein Projekt der Künstler Markus Ambach und Andrea Knobloch, für die Einrichtung einer Kunstkommission in Düsseldorf ein, die bei Entscheidungen über Kunst im öffentlichen Raum zu Rate gezogen werden sollte. Nach einer ausführlichen Debatte im Beirat für bildende Kunst und im Kulturausschuss, wurde 2004 ein Modellprojekt zum Thema Kunst am Bau und im öffentlichen Raum beschlossen, das stadtraum.org moderierte. In einer Kooperation zwischen dem Kulturamt und dem Amt für Immobilienmanagement wurde für die Jahre 2005 und 2006 eine Kunstkommission, bestehend aus Künstlern, Vertretern der Kulturinstitute und der beteiligten Ämter¹⁴, eingesetzt, die über Kunstprojekte an fünf Düsseldorfer Schulen beriet. (LHD 2005: 12) Das Ziel war, aus dem Projekt Erkenntnisse für ein verbindli-

14 <http://www.stadtraumorg.de/archiv/modellversuchkunstkommission.htm> (letzter Zugriff: 11.02.2017).

ches Verfahren für Kunst im öffentlichen Raum zu entwickeln. Der Kulturdezernent zog 2010 im Kulturausschuss ein positives Resümee: »Diese Erfahrung hat gezeigt, dass die Durchführung eines solchen Verfahrens äußerst aufwendig, aber im Hinblick auf Qualität sinnvoll erscheint und die Gewähr für ein gutes Resultat bietet.« (LHD 41/ 5/2010: 3-4) Dennoch blieb die Entscheidung über die Einrichtung einer Kunstkommission offen.

In den folgenden Jahren offenbarten zahlreiche Außenraumprojekte in unterschiedlicher Weise, dass in dieser Sache Handlungsbedarf besteht, beispielsweise die bereits erwähnten Bronzeplastiken des Künstlers Manolo Valdés, die anlässlich der Quadriennale 2006 auf der Heinrich-Heine-Allee aufgestellt worden waren. Der Künstler hatte angeboten, der Stadt eine große Figur zu schenken, wenn zugleich zwei kleinere angekauft würden. Da der Beirat für bildende Kunst von einem Ankauf abriet, plädierten SPD und Grüne dafür, dass der Kulturausschuss sich diesem Votum anschließen sollte. Mit der knappen Mehrheit von CDU und FDP jedoch empfahl der Kulturausschuss dem Rat den Ankauf. (LHD 41/ 7/2006: 6) Zudem gab es Irritationen, dass der Künstler über den Standort der Plastiken entscheiden sollte; dies war eine Vorgabe des Oberbürgermeisters (LHD 41/8 /2006: 3).

Einig waren sich dagegen die Kulturpolitiker, dass die Kunst im öffentlichen Raum »den Ruf Düsseldorfs als Stadt der Bildenden Kunst« stärker untermauern solle (LHD 41/ 105/2006: 2). Aber, so stellte die SPD 2006 in ihrem Antrag zur Einrichtung eines Skulpturenweges fest, »Skulpturen von Rang sind in Düsseldorfs öffentlichem Raum äußerst dünn gesät« (ebd.: 1). Daher wurde der Skulpturenweg, mit dem die Häuser der Bildenden Kunst (Museum Kunstpalast, K20, Kunsthalle und K21) miteinander verbunden werden sollten, im Kulturausschuss einstimmig beschlossen (LHD 41/ 7/2006: 8).

Als im November 2007 im Kulturausschuss die Entscheidung über die Annahme einer Schenkung und Aufstellung der Skulptur »Hoppeditz« von Bert Gerresheim anstand, enthielt sich der Beirat bildende Kunst der Stellungnahme. Stattdessen forderte er, »dass zukünftig ein verbindlicher Ablauf für die Aufstellung von Kunst im öffentlichen Raum festgelegt wird«. (LHD 11/2007: 10) Zudem bat er die Verwaltung, die Verfahren vergleichbarer Städte (Hamburg, Berlin, Frankfurt und Köln) zu eruieren, und kündigte an, einen gemeinsam mit der Verwaltung erarbeiteten Verfahrensvorschlag für die Aufstellung von Kunst im öffentlichen Raum vorzulegen. (LHD 41/ 154/2007: 2)

Beim Bau der neuen Wehrhahn-Linie mit sechs U-Bahnhöfen wurde die Kulturverwaltung frühzeitig vom Stadtplanungsamt involviert. Neu war, dass Künstler schon in die Entwicklung der gesamten Strecke einbezogen und nicht erst mit der ästhetischen Gestaltung einzelner Stationen beauftragt wurden. 2002 hatte der Kulturausschuss die Beauftragung des Darmstädter Teams netzwerkarchitekten beschlossen, das mit seinem Konzept eines »unterirdischen Kontinuums« bei einem Architektenwettbewerb als Sieger hervorgegangen war. Im März 2009 stellte der leitende Architekt den aktuellen Stand der Planung

im Kulturausschuss vor. (LHD 41/ 2/2009: 7-8) Dieser war beeindruckt und empfahl 2011, nach einer Präsentation der künstlerischen Entwürfe, dem Rat die Bereitstellung von knapp 3 Millionen Euro für die Umsetzung in den Jahren 2013 und 2014 (LHD 41/ 5/2011: 5). Im Februar 2016 wurde die neue U-Bahn-Strecke Wehrhahn-Linie eröffnet, die auch in der internationalen Presse große Aufmerksamkeit fand.

Sowohl dieses Projekt als auch das Modellprojekt »Kunstkommission« an Schulen von 2005/06 wurden seitens der Kulturpolitik und -verwaltung positiv bewertet. Dennoch kam die seit 2004 währende Diskussion über ein grundsätzliches Verfahren für die Auswahlprozesse von Kunstprojekten im öffentlichen Raum nicht voran. Wiederholt stand das Thema 2010 und 2011 auf der Tagesordnung des Kulturausschusses, wiederholt wurde die Verwaltung um die Einbeziehung des Beirates für bildende Kunst bei allen künstlerischen Außenraumprojekten gebeten und mit der Vorlage von Ergebnissen bezüglich der Einrichtung einer Kunstkommission beauftragt (z.B. LHD 41/ 7/2010: 5 und LHD 41/ 7/2011: 6-7). Dies erfolgte dann im Oktober 2011: Die Verwaltung schlug vor, sich – anstatt eine Kunstkommission einzurichten, die ein ämterübergreifendes Verfahren sicherstellt, – auf konkrete Baumaßnahmen und die punktuelle Kooperation zwischen den Bereichen Kultur und Bau zu konzentrieren. Die Modelle der anderen Städte, insbesondere München, seien auf Düsseldorf nicht übertragbar. (LHD 41/ 109/2011: 2) Ein Beschluss erfolgte in dieser Sache jedoch nicht und die SPD-Fraktion bat Anfang 2012 darum, das Thema »Kunstkommission Düsseldorf« nicht als erledigt zu betrachten (LHD 1/2012: 12). Dennoch scheiterte ihr Antrag von Juli 2013, eine Kunstkommission einzurichten, am Widerstand von CDU und FDP (LHD 41/ 7/2013: 8).

Nach der Kommunalwahl 2014 griff der neue Stadtrat das Thema wieder auf. SDP, Grüne und FDP verankerten die Einrichtung einer Kunstkommission in der Kooperationsvereinbarung. Eine Gruppe von Künstlern hatte sich unter dem Namen KUKODUS – Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung einer Kunstkommission in Düsseldorf¹⁵ formiert. Mit Ratsbeschluss vom 26. Juni 2015 wurde die Verwaltung gegen die Stimmen der CDU beauftragt, unter Beteiligung von diesen Künstlern ein Konzept nach dem Münchener Vorbild zu erarbeiten. Festgelegt wurde vom Rat, dass dabei »Mittel für Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum in Höhe von bis zu 2 Prozent der Baukosten öffentlicher Gebäude« vorzusehen seien. (LHD 01/ 5/2015: 62) Umstritten war zum einen die Zusammensetzung der Kunstkommission, die nach der Vorlage zur Hälfte aus Künstlern in wechselnder Besetzung bestehen sollte. Befürchtet wurde, dass sich die Künstler gegenseitig Aufträge beschaffen würden. Auch die Beschneidung der Entscheidungsbefugnisse des Kultur- sowie des Baudezernenten, die in der Kunstkommission kein Stimmrecht erhalten sollten, behagte den CDU-Politikern nicht.

15 2015 waren die Künstler Jörg-Thomas Alvermann, Markus Ambach, Björn Leo Bock, Andrea Knobloch, Stephan Machac und Noemi Weber beteiligt.

KUKODUS organisierte zwei öffentliche Veranstaltungen und erarbeitete gemeinsam mit Politik und Verwaltung Entwürfe für eine Satzung der Kunstkommission sowie Richtlinien für die Entscheidungen über Kunst im öffentlichen Raum. Parallel arbeitete der Kulturdezernent mit daran, nach Münchener Vorbild bei der Bauverwaltung eine Geschäftsstelle für die Kunstkommission einzurichten (LHD 41/10/2015: 8). Allerdings kam das Projekt ins Stocken, als im September 2016 die endgültige Entscheidung über das Verfahren im Stadtrat von der Tagesordnung genommen wurde, da die neue Planungsdezernentin die Ansiedlung der Kunstkommission im Baudezernat infrage stellte (Lieb 15.9.2016).

3.6 Künstlerateliers und Proberäume

3.6.1 Künstlerateliers

Im Rahmen der Künstlerförderung stellt die Stadt Düsseldorf Künstlern und Absolventen der Kunstakademie kostengünstig Arbeitsflächen zur Verfügung. Damit sollen »insbesondere namhafte Künstler an die Stadt gebunden (...) und eine ständige Vitalisierung der Kunstszene bewirkt« werden (LHD 41/48/2006: 1). Das Thema Anmietung, Herrichtung und Bereitstellung von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler ist heute eine Daueraufgabe des Kulturamtes und im Kulturausschuss fraktionsübergreifend unumstritten.

Da 2005 mehrere Flächen aufgegeben werden mussten, bemühte sich das Kulturamt um neue Atelierräume. Im Sommer 2006 hatte das Kulturamt 361 Ateliers zu vergeben (ebd.), ein Jahr später waren es 391 (LHD 41/7/2007: 7). Stolz stellte der Kulturausschuss fest, »dass durch die dazu zu rechnenden privaten Ateliers der Künstler Düsseldorf auf ca. 2.000 Ateliers komme, was eine höhere Zahl als die für Berlin sei (Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung)« (ebd.: 9). Neben den städtischen beziehungsweise durch die Stadt vermieteten Ateliers gewährt das Kulturamt Zuschüsse zu Umbaumaßnahmen für Künstlerateliers. Aufgrund der Anfrage eines Ratsherrn im Kulturausschuss berichtete der Kulturdezernent im Sommer 2007 unter anderem von zunehmenden Problemen der Künstler, größere Ateliers zu finanzieren. Daher sei die Nachfrage nach kleineren Ateliers gestiegen. Die von Künstlern akzeptierte Obergrenze für die Kaltmiete seien 3 Euro pro Quadratmeter. Einige Räume würden mietfrei überlassen, dafür müssten die Nutzer den Gebäudeunterhalt selbst finanzieren. (Ebd.)

Als die Fraktion der Grünen sich im Juni 2012 nach der aktuellen Ateliersituation erkundigte, konnte die Verwaltung 179 Ateliers und 67 Lagerräume in stadteigenen Liegenschaften nennen, zuzüglich 100 Arbeitsräumen in nichtstädtischen Gebäuden (LHD 41/7/2012: 3-5).

3.6.2 Proberäume für Musikszene

Während die Ateliers für wenig Aufregung in der Öffentlichkeit sorgten, rief der wachsende Bedarf an Proberäumen für freie Ensembles und Bands auch engagierte Bürger auf den Plan. Ihre Unterschriftenaktion 2005 – so wurde in Interviews berichtet – brachte das Thema auf die kulturpolitische Agenda. Auslöser war die Brandschutzsanierung des Werstener Bunkers, den die Stadt 2002 vom Bund gekauft hatte, »um die hier seit Jahren erfolgreich geleistete Kulturarbeit dauerhaft zu gewährleisten« (LHD 41/ 2/2006: 2). Zudem entfielen Zwischennutzungsmöglichkeiten für die Musiker in leerstehenden Gebäuden, unter anderem die Alte Paketpost, die als Probe- und Werkstattzentrum für das Schauspielhaus und für Lagerräume des Stadtarchivs und verschiedener Kulturinstitute umgebaut wurde.

Im November 2008 beschloss der Kulturausschuss auf Antrag der SPD-Fraktion den Ausbau und die Schaffung von Musikproberäumen. Zugleich wurde die Verwaltung beauftragt, über die Proberaumsituation für Bands in Düsseldorf zu berichten. (LHD 41/ 11/2008: 22) Daraufhin startete das Kulturamt Ende 2009 in Kooperation mit dem Amt für Statistik und Wahlen, dem Beirat Musik, dem Kulturzentrum zakk und unter Einbeziehung des Jugendrates eine Umfrage unter den mehr als 500 Musikbands (darunter circa 10 Prozent Profi-Bands). Von den rund 700 versandten Fragebögen kamen bis Februar 2010 nur 77 ausgefüllt zurück. Zusammenfassend berichtete die Verwaltung: »Zwei Drittel der Bands (65%) sind mit der aktuellen Proberaumsituation in der Stadt Düsseldorf nicht zufrieden. Gewünscht wird ein größeres Angebot an preiswerten Proberäumen, die einem gewissen Mindeststandard entsprechen (trocken, sauber, beheizbar, gute Akustik, sicher)«. Aufgrund des geringen Rücklaufs, wurde von einem deutlich höheren Bedarf ausgegangen. Eine zusätzliche Bereitstellung von Mitteln war jedoch nicht vorgesehen. (LHD 41/ 132/2010: 1)

Über die Bereitstellung und Bezuschussung von Proberäumen beriet die Verwaltung 2011 mit dem Musikbeirat und weiteren Experten, unter anderem dem Jugendrat. (LHD 41/ 3/2011: 10) So wurde die Durchführung des »Hearing Musikszene Düsseldorf« beschlossen, das im Juli 2011 im Rahmen der »New Pop«-Messe im zakk stattfand. Der Jugendring Düsseldorf e.V. berichtete von dieser Diskussion, an der neben rund 100 Musikern das Kulturamt, der Musikbeirat und der Jugendrat teilnahmen. Die Musiker beklagten sich über zu teure und unhygienische Proberäume sowie zu wenige Auftrittsmöglichkeiten. Deutlich wurde aber auch, dass vorhandene Möglichkeiten in der Musikszene zu wenig bekannt waren. Daher wurde neben einer weitergehenden Bedarfsanalyse seitens der Verwaltung auch eine bessere Vernetzung zwischen den Bands vereinbart, der sich der Jugendrat annahm.¹⁶

16 <https://www.youpod.de/de/beitraege/2011/07/junge-musik-fur-dusseldorf-vernetzt-euch> (letzter Zugriff: 23.02.2017). Auf Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2011 berichtete auch die Verwaltung im November 2011 über das Bandhearing. Der Bericht ist jedoch nicht im Internet verfügbar.

Auf Beschluss des Kulturausschusses von Oktober 2011 wurden das zakk und die Open Source Festival GmbH beauftragt, den Bestand der als Proberaum vermieteten Immobilien sowie potenziell nutzbare Räume zu recherchieren. (LHD 41/ 8/2011: 13) Parallel zu diesen Bestrebungen drohte die Schließung eines wichtigen Proberaumzentrums, dem Bunker Gatherweg aufgrund brandschutztechnischer und organisatorischer Mängel. Schätzungsweise 100 Bands waren davon betroffen. Dies löste große Sorgen in der Musikszene und öffentliche Debatten aus. So startete die Interessengemeinschaft Musik-Bunker Lierenfeld eine Petition zum Erhalt des Bunkers Gatherweg und sammelte 1.560 Unterschriften.¹⁷ Die Schließungen erschwerten auch die Proberaumrecherche, da »sowohl Vermieter als auch Mieter von Proberäumen in sog. ›off-Locations‹ nicht willens waren, (...) Auskünfte zu erteilen« (zakk/Open Source Festival GmbH 2012: 4). Auch der Kulturausschuss befasste sich von Ende 2011 bis Ende 2012 intensiv mit Fragen zum Erhalt beziehungsweise zur Schaffung von Proberäumen, auch in Form von neuen Zwischennutzungen. Alle Ratsfraktionen hielten die Verwaltung mit Anfragen zum Thema in Atem (siehe insbesondere LHD 41/ 1/2012: 3–6 und LHD 41/ 2/2012: 7–9). Auch der Rat befasste sich auf Antrag der Fraktion Die Linke, die den Prozess beschleunigen wollte, in seiner Sitzung vom 15.3.2012 mit dem Thema, verwies es aber aufgrund der laufenden Recherche zurück in den Kulturausschuss (LHD 01/ 2/2012: 45).

Im Juni 2012 wurde dem Kulturausschuss das Ergebnis der Proberaumrecherche vorgelegt. Diese bestätigte die angespannte Lage: Die erfassten rund 300 Proberäume waren ausgelastet und wurden größtenteils mehrfach genutzt. Die Mietpreise entsprachen aufgrund der hohen Nachfrage oftmals nicht dem Zustand der Räume. Da sich nur wenige Möglichkeiten für neue Proberaumzentren anboten, empfahlen die Autoren prioritär den Erhalt der Bunker Gatherweg und Gerresheim. Zudem wurden zusätzliche Potenziale in städtischen Immobilien (Lernort Studio, Bunker Werstener Kreuz und Schulen) aufgezeigt und förderliche Bedingungen für die Animation privatwirtschaftlichen Engagements benannt (zakk/Open Source Festival GmbH 2012: 39-40).

Beide Ansätze wurden von Politik und Verwaltung weiterverfolgt, prioritär die Sanierung des Musikbunkers Gatherweg, für den ein Investor gefunden wurde. Die Anmietung durch die Stadt wurde in nicht-öffentlicher Sitzung im November 2012 beraten, er konnte Anfang 2014 wieder eröffnet werden. (LHD 41/ 8/2014: 3-4) Zwischenzeitlich hatte im März 2013 auch das Jugendsymphonieorchester Bedarf an zusätzlichen Probemöglichkeiten angemeldet (LHD 41/ 5/2013: 7-8), der im September 2013 in einen Antrag der Grünen mündete, die Verwaltung möge Lösungen dafür vorschlagen. Er wurde mit den 10 Stimmen von CDU und FDP gegen 9 Stimmen abgelehnt. Allerdings wurde ein ähnlicher Prüfantrag sei-

17 <https://www.openpetition.de/petition/online/interessengemeinschaft-musik-bunker-lierenfeld> (letzter Zugriff: 24.02.2017).

tens der CDU und FDP einen Monat später, zu eruieren, »ob neben der Schaffung von Proberäumen für Musikbands auch die Einrichtung von Proberäumen für das Jugendsinfonieorchester und das notabensemble neue musik im Musikbunker Gatherweg möglich ist«, einstimmig beschlossen (LHD 41/ 9/2013: 9-10). Wiederum einen Monat später beschloss der Kulturausschuss die hierfür erforderlichen Baumaßnahmen im Bunker Gatherweg (LHD 41/ 10/2013: 11).

3.6.3 Proberäume für freie Tanz- und Theaterszene

Weniger Erfolg scheint bisher die freie Tanz- und Theaterszene Düsseldorfs im Hinblick auf eine Erweiterung ihrer Probe- und Aufführungsmöglichkeiten gehabt zu haben. Sie erfuhr auch deutlich weniger öffentliche Aufmerksamkeit als die Musikszene. Auf Antrag der SPD-Fraktion im Kulturausschuss im September 2012 (LHD 41/ 10/2012: 15) eruierte die Kulturverwaltung Probe- und Aufführungsmöglichkeiten für die freie Tanz- und Theaterszene. Darüber hinaus führte die »Gemeinschaft der freien Tanz- und Theaterschaffenden in Düsseldorf«, die sich 2012 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der freien Szene gründete, eine entsprechende Bedarfsanalyse in der Szene durch.

Die Evaluation des Kulturamtes unter Mithilfe des Beirates Tanz und Theater ergab zehn Probemöglichkeiten und elf Aufführungsorte. Begehrlichkeiten wurden bezüglich des Probezentrums Central offensichtlich, das 2010 für das Düsseldorfer Schauspielhaus errichtet worden war. Die Verwaltung sah dort jedoch keine freien Kapazitäten und verwies auf den hohen Abstimmungsbedarf, den eine Mitnutzung durch die freie Szene erzeugen würde (LHD 41/ 5/2013: 4f.).

Die Gemeinschaft der freien Tanz- und Theaterschaffenden stellte einen hohen Bedarf an Probezeiten fest, dem mit den vorhandenen Räumlichkeiten nicht entsprochen werden konnte. Die Verwaltung prüfte die Erweiterung von Räumlichkeiten im Forum Freies Theater, für die Herrichtung standen jedoch keine Mittel zur Verfügung. Im März 2014 legte die freie Tanz- und Theaterszene dem Kulturamt ein Konzept zur Reform der Förderstrukturen und des Förderetats in Düsseldorf vor. Darin bekräftigte »die Szene ihre Forderung nach einem von ihr organisierten eigenen Produktionsraum mit einem jährlichen Zuschuss von 50.000 EUR für Miete-, Betriebs- und Infrastrukturkosten.« (LHD 41/ 3/2014: 6) Die Verwaltung schlug eine Verschiebung der Angelegenheit auf die Amtszeit des neuen Stadtrats vor, da weder Zahlen zu den Kosten noch ein Objekt vorlagen (ebd.: 7).

Das Thema eines eigenen Proben- und Produktionszentrums für die freie Tanz- und Theaterszene findet sich in den Protokollen des Kulturausschusses jedoch bis Ende 2015 nicht wieder, obwohl die CDU-Fraktion im Januar 2015 einen diesbezüglichen Antrag im Internet veröffentlichte.¹⁸ Dahingegen be-

18 <http://www.cdu-fraktion-duesseldorf.de/anfragen-und-antraege/antrag-einrichtung-eines-proben-und-auff%C3%BChrungszentrums-f%C3%BCr-die-freie-tanz-und> (letzter Zugriff: 24.02.2017).

schloss der Kulturausschuss im Oktober 2015 gegen die Stimmen der CDU einen Mietkostenzuschuss sowie einen Zuschuss für neue Proberäume im Forum Freies Theater (Kammerspiele) in der Jahnstraße. (LHD 41/ 9/2015: 19)

3.7 Kulturmarketing und Stadtmarketing mit Kultur

Marketing für Kultur und Stadtmarketing sind verschiedene Aufgaben, die von den Kulturanbietern und der Kulturverwaltung einerseits und der Marketingabteilung der Stadt andererseits wahrgenommen werden müssen. Aber sie weisen große Schnittmengen auf, wenn dies denn politisch gewollt ist. Je umfassender im politischen Raum das Kulturangebot in der Stadt als Potenzial zur Stärkung ihres Profils wahrgenommen wird, umso größer ist die Schnittmenge. Fließende Übergänge gibt es zudem zwischen Kulturmarketing und dem demokratischen Anspruch, den Zugang zu Kunst und Kultur durch eine öffentlichkeitswirksame Außendarstellung zu erleichtern. Auch wenn sich diese Aspekte nicht immer klar trennen lassen, wird im Folgenden zunächst ein Blick auf einige Maßnahmen geworfen, die das Marketing der Kulturschaffenden unterstützen sollten, um anschließend die Perspektive wieder zu weiten auf die Rolle der Kultur im Stadtmarketing.

3.7.1 Sichtbarkeit des Kunst- und Kulturangebotes in der Stadt

Schlaglichtartig werden im Folgenden Beispiele aufgeführt, mit denen der Kulturausschuss und die Kulturverwaltung die Sichtbarkeit von Kunst und Kultur stärken wollen. So öffnen seit 20 Jahren örtliche Künstler unter dem Titel »Kunstpunkte« ihre Ateliers an zwei aufeinanderfolgenden Wochenenden für die Öffentlichkeit. Das Kulturamt unterstützt die Aktion organisatorisch und finanziell aus der Haushaltsstelle »Werbung und Kulturmarketing« (LHD 41/ 6/2007: 7); denn es geht darum, den Bürgern der Stadt Zugang zum zeitgenössischen Kunstschaffen zu ermöglichen und zugleich die Eigenwerbung der Künstler zu unterstützen. Jährlich beteiligen sich ca. 500 Künstlerinnen und Künstler und rund 65.000 Besuche sind zu verzeichnen (siehe z.B. LHD2013/2014: 121).

Im Sommer 2005 initiierte der Kulturausschuss ein gemeinsames Projekt mit der Rheinbahn AG und dem Fachbereich Design der Fachhochschule Düsseldorf, in dessen Rahmen Straßenbahnen als Werbeträger für Kultur genutzt werden sollten. Die Rheinbahn AG stellte kostenlos acht Straßenbahnen zur Verfügung, die Fachhochschule bot ein Seminar zum Thema an und die Stadt stellte 90.000 Euro für die Produktion bereit. (LHD 41/ 9/2006: 1) Eine Jury aus Kunstfachleuten, Vertretern der Verkehrsbetriebe, der Kulturverwaltung und der Kulturpolitik wählte aus den Seminararbeiten diejenigen aus, die am besten dem Ziel entsprachen, insbesondere kleineren Kulturinstituten mit geringerem Werbeetat »eine Chance zu geben, für sich/für ihre Sparte und damit für Düsseldorf als Kulturstadt zu werben« (ebd.: 2). Ab Oktober 2006 fuhren unter dem Motto »Rhein-Bahn-Kultur« die ersten Bahnen mit den vier Motivgruppen

»Porträts«, »Grundsätze«, »Dialoge« und »Netzwerk« und warben für die Vielfalt der Düsseldorfer Kultur. (Rheinische Post/anonym 9.10.2006)¹⁹

Im September 2008 schlugen die Fraktionen von CDU und FDP vor, Bauzäune im Innenstadtdistrikt für Werbung für städtische Kulturinstitute zu nutzen (LHD 41/ 8/2008: 10). Der Antrag, die Verwaltung möge entsprechend geeignete Flächen vorschlagen, wurde zwar einstimmig beschlossen; den Protokollen des Kulturausschusses ist aber nicht zu entnehmen, inwiefern die Idee weiterverfolgt wurde.

Ein weiteres Beispiel ist d:kult online²⁰ – das Internetportal des Digitalen Kunst- und Kulturarchivs Düsseldorf (d:kult). Das Portal ist seit 2006 online und in die Internetseiten der Stadt Düsseldorf integriert. Es präsentiert diejenigen Werke und Objekte aus der d:kult-Museumdatenbank²¹, die von den beteiligten rund 20 Kulturinstituten zur Veröffentlichung freigegeben werden. Mehr als 100.000 Objekte sind mittlerweile in d:kult online öffentlich zugänglich (LHD 2013/2014: 119). Darüber hinaus ist das Portal der zentrale Datenpool für die Belieferung weiterer Kulturportale, wie der Deutschen Digitalen Bibliothek, dem zentralen Kulturportal Deutschlands sowie dem europäischen Kulturportal Europeana. Mit seiner Veröffentlichung erhält d:kult online die wichtige Funktion, den Zugang zu den Düsseldorfer Sammlungen zu erleichtern und die internationale Aufmerksamkeit auf die Düsseldorfer Kunst- und Kulturschätze zu stärken.

Auch für die Literaturszene Düsseldorfs wurde ein Portal²² eingerichtet, mit dem die Sparte gestärkt und Interessierten der Zugang erleichtert werden sollte: Im Rahmen seines Konzeptes für eine umfassende Literaturförderung der Stadt schlug der Beirat Literatur im Juni 2008 dem Kulturausschuss unter anderem die Erstellung eines Internetauftritts »Literaturstadt Düsseldorf« vor. Auf Antrag der Fraktionen der CDU und FDP wurden im Zuge der Haushaltsberatungen 2009 für dessen Realisierung Mittel eingestellt (LHD 41/ 11/2008: 28–29).

19 Ausführlichere Informationen bieten mehrere private Internetseiten von Straßenbahn-Liebhabern <http://www.dlinie.de/archiv/news06.htm>, http://www.hans-maennel.de/rheinbahn/kunst/kunst_5.htm 2 und <http://www.moebahn.de/t807f29-Rheinbahn-AG-Rheinbahn-und-Designstudenten-bringen-Kultur-auf-die-Schienen-PM.html> (letzter Zugriff: 28.02.2017).

20 <https://www.duesseldorf.de/kulturamt/dkult/> (letzter Zugriff: 02.02.2017)

21 Hierbei handelt es sich um einen 2003 gegründeten Verbund der Düsseldorfer Kulturinstitute, erweitert um Stiftungen, an denen die Stadt beteiligt ist (LHD 2006: 10). Ziel des Verbundes ist es die städtischen Sammlungen und ihre Objekte mithilfe eines zentralen Museumsmanagementsystems (Museumdatenbank) wissenschaftlich und nachhaltig zu erschließen, zu dokumentieren und im Internet zu präsentieren. Die Datenbank enthält bis heute digitale Informationen zu nahezu 750.000 Objekten, von denen eine Auswahl in d:kult online gezeigt wird. d:kult ist vom Projekt zur anerkannten Daueraufgabe des Kulturamtes geworden. Vor diesem Hintergrund ist das Kulturamt Mitglied im Kompetenznetzwerk Deutsche Digitale Bibliothek, als einzige Institution aus NRW und im Auftrag des Deutschen Städtetages als einzige kommunale Institution. Damit nimmt d:kult bundesweit eine Vorreiterrolle ein.

22 <http://www.literaturstadtduesseldorf.de> (letzter Zugriff: 28.02.2017).

Düsseldorf ist zudem an einer interkommunalen Kooperation zwischen Köln, Bonn und Duisburg beteiligt. Ein Projekt des Kulturbündnisses der Rheinstädte war 2008 die Erstellung des Internetportals rheinschiene@ktuell.de, das unter der Federführung der Stadt Köln Museen, Galerien und andere Kunstorte im Rheinland vorstellen sollte (LHD 41/ 8/2008: 19–20). Heute wird es – finanziert über Sponsoring – unter dem Namen »Kunst im Rheinland«²³ als nichtkommerzieller Online-Kalender für die Kunstszene Rheinland weitergeführt.

Als die Fraktionen der CDU und der FPD im Frühjahr 2009 im Hinblick auf die Kulturhauptstadt Ruhr 2010 die Erstellung eines kulturelles Werbekonzeptes mit den Städten Köln, Bonn und Neuss beantragten, war die SPD zunächst der Meinung, dass die bisherigen Maßnahmen der »Rheinschiene« ausreichten. Dennoch beschloss der Kulturausschuss einstimmig, dass die Verwaltung Gespräche mit den Nachbarstädten aufnehmen sollte, um entsprechende Marketingmaßnahmen koordinieren zu können (LHD 41/ 2/2009: 6).

Auf Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP wurde die Kulturverwaltung im März 2012 beauftragt, im Rahmen der Neukonzeption des städtischen Internetauftrittes ein Gestaltungskonzept für die Selbstdarstellung der städtischen Kulturinstitute in Auftrag zu geben. Dabei sollte die eindeutige Zuordnung zur Dachmarke »Kunst und Kultur in Düsseldorf« berücksichtigt werden. Von den anderen Fraktionen wurde dieses Anliegen zwar nicht unterstützt, mit den Stimmen von CDU und FDP aber beschlossen. (41/ 4/2012: 6) Aus den Kulturausschussprotokollen ist nicht ersichtlich, in welcher Weise der Beschluss umgesetzt wurde.

Zwei weitere Initiativen mit ebenso ungewissem Ausgang²⁴ seien an dieser Stelle noch erwähnt: Im September 2012 fragte die FDP-Fraktion im Kulturausschuss nach den Möglichkeiten und Kosten für die Einrichtung eines eigenständigen Kulturkalenders auf der städtischen Internetseite. Die Kulturverwaltung bestätigte die schlechte Auffindbarkeit der Kulturveranstaltungen auf der von der Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH (DMT) gepflegten Internetseite und versprach, sich bei den verantwortlichen Kollegen für eine bessere Platzierung einzusetzen. (LHD 41/ 9/2012: 5–6) Gegen die Stimmen von SPD, Grünen und der Linken beschlossen CDU und FDP, die Verwaltung mit der Entwicklung von Vorschlägen für eine gemeinsame Vermarktung der Konzertsäle Palais Wittgenstein, Robert-Schumann-Saal und Tonhalle zu beauftragen. Aus ihrer Begründung zum Antrag geht hervor, dass es ihnen sowohl um ein Instrument zur »bedarfs- und termingerechten Planung« als auch um eine gemeinsame Werbeplattform für die Konzertsäle ging (LHD 41/ 53/2013: 2).

23 <http://www.kunst-im-rheinland.de> (letzter Zugriff: 01.03.2017).

24 Jedenfalls bei der Quellenlage, die dieser Studie zugrunde liegt.

Auch wenn die Gründe für die Uneinigkeit der Kulturpolitiker bezüglich geeigneter Werbemaßnahmen für Kultur an dieser Stelle nicht nachvollzogen werden können, legen die genannten Beispiele doch nahe, dass Handlungsbedarf im Hinblick auf ein umfassendes und konsensfähiges Kommunikationskonzept für Kultur in Düsseldorf besteht.

3.7.2 Düsseldorfs Profil als Kunst- und Kulturstadt

Stadtmarketing ist ein schwieriger Prozess, denn viele Interessen vieler Akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen sind betroffen. »Im Stadtmarketing hat sich die Kultur nicht durchsetzen können«, hieß es jedoch in einem Interview und in einem anderen: »Als Herr Grosse-Brockhoff Dezernent für Schule und Kultur und Stadtdirektor war, sah es eine Zeit lang so aus, als könnte das gelingen«. Denn er initiierte gegen Ende der 1990er Jahre – unterstützt von den Kammern, der Messe und weiteren Wirtschaftspartnern – eine Leitbilddebatte. Heraus kam schließlich »Vielfalt« als Leitbild der Stadt, aber es erwies sich als wenig tragfähig für das Stadtmarketing. Von den politischen Stadtoberhäuptern sei das Thema, einen kulturellen Markenkern für Düsseldorf zu etablieren, nicht weiterverfolgt worden. Und ohne ihre Unterstützung habe es keine Chance. (Interviews)

In den 1950er und 1960er Jahren, so wurde in Interviews berichtet, galt Düsseldorf als »Werbehauptstadt« und dies sei ein Label, an das die Stadt noch heute anknüpfen könne. Düsseldorf habe besonderes Potenzial für einen Schulterschluss zwischen Kunst und Kreativwirtschaft, also Architektur, Design, Mode und Fotografie, hieß es in einem Interview. Neben den großen Ausstellungshäusern der bildenden Kunst (Kunstsammlung NRW, Stiftung Museum Kunstpalast, Kunsthalle, KIT und vor allem das NRW-Forum) gebe es die Kunstakademie, private Ausstellungshallen für junge Kunst und eine lebendige Kunstszene mit einem Übergang zur Werbeszene um kleine Agenturen herum. Eigentlich sei Düsseldorf in dem Bereich besser aufgestellt als Berlin und Hamburg, mache aber nichts daraus. Hier brauche es eine bessere Koordination, ein Gesamtkonzept für Kooperationen. (Interviews)

Anfang 2007 hatte der Stadtrat die Verwaltung mit der Erstellung eines Kulturwirtschaftsberichtes beauftragt. Der Auftrag ging 2008 auf Empfehlung des Kulturausschusses und des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften an ICG culturplan unter der Leitung von Prof. Dr. Dieter Haselbach. Dieser stellte in einer gemeinsamen Sitzung des Kulturausschusses und des Wirtschaftsausschusses im Juni 2010 das Ergebnis vor und erläuterte, dass sich der qualitative Teil auf bildende Kunst und Werbewirtschaft konzentriere, »da diese Bereiche in Düsseldorf besonders stark ausgeprägt« seien (LHD 41/ 6/2010: 3). Aus der Niederschrift geht hervor, dass diese Schwerpunktsetzung von den Mitgliedern der Ausschüsse hinterfragt wurde. Es wird zwar nicht offensichtlich, welche anderen Schwerpunkte die Politiker bevorzugt hätten; allerdings legt die Reaktion eine gewisse Skepsis nahe.

Mit vielen Initiativen bemühten sich im Betrachtungszeitraum Kulturverwaltung und Kulturpolitik um eine tragende Rolle der Kultur in der Außendarstellung der Stadt. So berichtete der Kulturdezernent Ende 2007 im Kulturausschuss über das vielfältige Kulturprogramm im Jan Wellem Jahr 2008, mit dem sich »die Landeshauptstadt (...) in der öffentlichen Wahrnehmung und in den Medien erneut als lebenswerte und für Einwohner und Besucher gleichermaßen attraktive Metropole und Stadt der Künste (würde) präsentieren können« (LHD 41/ 9/2007: 4).

Aus der Leitbilddebatte in den 1990er Jahren war unter anderem »ArtCity« als Submarke für die Landeshauptstadt hervorgegangen. Die Initiative des Oberbürgermeisters Joachim Erwin zur Gründung der Quadriennale mit dem hochdotierten Kunstpreis an renommierte Künstler sind als Maßnahmen zu sehen, diesem Label gerecht zu werden. 2008 schlug die Kulturverwaltung dem Kulturausschuss vor, zur »Durchführung von Werbe- und Marketingmaßnahmen für die ArtCity Düsseldorf« eine Ausstellung der Künstlerin Magdalena Abakanowicz im Ehrenhof in Düsseldorf zu fördern, welche die Bundeskunsthalle in Bonn aus finanziellen Gründen nicht zeigen konnte. Der Kulturausschuss gab dafür Mittel aus dem Werbeetat für die Quadriennale 2010 frei. (LHD 41/ 8/2008: 21)

Von zahlreichen Bemühungen um das kulturelle Prestige der Stadt seien an dieser Stelle zwei weitere Beispiele genannt, mit denen das Spektrum der möglichen Ansätze erweitert wird: Die Fraktionen der CDU und der FDP beantragten Ende 2008, Düsseldorf »als international bedeutsame Kunst- und Kulturmetropole auf der Weltausstellung Expo Shanghai 2010 [zu] präsentieren«. Aus diesem Grund sollte sich das Kulturdezernat in die laufende Planung einbringen und ein Konzept entwickeln (LHD 41/ 11/2008: 8). Im Rahmen des Programms »Bandprofessionalisierung« wählten die Juroren die Band ARTWON ARTNOW für die einjährige Förderung aus, da sie »nicht nur aufgrund ihrer hohen musikalischen Qualität förderungswürdig ist, sondern zudem mit ihrem engen Bezug zur Düsseldorfer Kunst- und Theaterszene die Identität der Kunststadt Düsseldorf authentisch verkörpert« (LHD 41/ 167/2011: 1).

2012 initiierte der damalige Oberbürgermeister Dirk Elbers einen Markenprozess, der auf Ziele der Wirtschaftsförderung fokussierte. Der Marketing-Club Düsseldorf e.V. kritisierte, dass Düsseldorf wie ein »Gemischtwarenladen«²⁵ vermarktet würde, damit sei im internationalen Städtewettbewerb keine Standortwerbung zu betreiben. Anstatt sich als »Modestadt«, »Sportstadt«, »Messestadt« oder »Kunstmetropole« zu feiern, müssten die Stärken der Stadt »auf eine einprägsame Formel« gebracht und »in der Gesamtkommunikation der Stadt und all ihrer Institutionen« kommuniziert werden (ebd.). Ein Ergebnis dieses Prozesses war die Einführung einer Dachmarke, die seither als »Lachendes D« die Logos der städtischen Einrichtungen ergänzt. Das Emoticon war allerdings von Anfang an umstritten und

25 <http://www.marketing-club.net/programm/rueckblick/podiumsdiskussion-markenprozess-in-duesseldorf.html> (letzter Zugriff: 01.03.2017).

löste eine umfangreiche Debatte aus, die sich in der Lokalpresse spiegelt (siehe z.B. Breitkopf 31.1.2015). Daran zeigt sich einmal mehr, wie unterschiedlich die Interessen hinsichtlich der Außendarstellung der Stadt sind. Der kleinste gemeinsame Nenner transportiert letztlich keine Inhalte mehr.

4 Vielfalt kulturpolitischer Themen

Die vorliegende Studie fokussiert auf die Themen, die von den Interviewpartnern als wichtig beziehungsweise besonders strittig hervorgehoben wurden. Die Debatten im Kulturausschuss wurden im Hinblick auf diese Themen analysiert, da sie geeignet sind, exemplarisch Entscheidungsprozesse sichtbar zu machen. Dennoch wäre es falsch, wenn damit der Eindruck entstünde, Kulturpolitik und -verwaltung hätten in den vergangenen zehn Jahren besonders viel Zeit mit diesen Themen zugebracht. Bei einer quantitativen Auswertung der kulturpolitischen Themen im Hinblick darauf, wie häufig sie auf der Tagesordnung standen und stehen, würden andere Themen in den Vordergrund rücken, als bei der Frage nach gewichtigen oder strittigen Themen. Der untenstehende Überblick vervollständigt das kulturpolitische Themenspektrum, mit dem sich der Kulturausschuss über die oben dargestellten Themen hinaus befasst, und deutet die jeweilige Gewichtung der Themen im Kulturausschuss an.

Musik, Literatur, Tanz

In einem kulturpolitischen Narrativ von Düsseldorf dürften die musikalische und die literarische Tradition Düsseldorfs sowie die öffentliche Förderung dieser Bereiche nicht fehlen. Auch der Tanz hat prominente Orte und Vertreter in der Stadt. Im Verhältnis zur Bildenden Kunst spielten diese Sparten in der jüngeren kulturpolitischen Debatte jedoch eine geringere Rolle.

Freie Szene

Düsseldorf hat eine vielseitige Kunst- und Kulturszene, die von großen Einrichtungen in freier Trägerschaft mit langjähriger Geschichte gestaltet wird, genauso wie von Künstlern aller Sparten und kommerziellen Anbietern. Sowohl die Förderung dieser Akteure als auch die Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung des kulturellen Angebotes und der Infrastruktur spielt im Kulturausschuss eine große Rolle.

Haushaltsberatungen und Förderentscheidungen

Den breitesten Raum nehmen im Kulturausschuss Entscheidungen über die Verteilung von städtischen Mitteln aus dem Kulturbudget ein. Dazu gehört die Erarbeitung des jährlichen Kulturetats im Zuge der Haushaltsberatungen, bei denen es sowohl um den kommunalen Beitrag zum Budget der städtischen

Einrichtungen beziehungsweise der Beteiligungsgesellschaften als auch um die Förderung der Freien Szene und die Künstlerförderung geht. Der Kulturausschuss stützt sich bei seinen unterjährigen Entscheidungen unter anderem auf Empfehlungen der Beiräte in den Sparten Bildende Kunst, Darstellende Kunst (Tanz/Theater), Musik und Literatur.

Programme und Ankäufe der städtischen Kulturinstitute

Regelmäßig legen die städtischen Kulturinstitute dem Kulturausschuss ihre Ausstellungs- beziehungsweise Konzertprogramme vor, welche dieser beschließt. Aus den Protokollen der Sitzungen im Betrachtungszeitraum ist nicht ersichtlich, dass es dazu je Aussprachen oder gar Diskussionen gegeben hätte. Auch die Ankaufsbudgets der städtischen Museen sowie der Beschluss über Ankäufe von einzelnen Kunstwerken sind Thema im Kulturausschuss, gelegentlich im nicht-öffentlichen Teil. Die Stiftung Museum Kunstpalast ist für die städtische Sammlung des ehemaligen Kunstmuseums verantwortlich. Daher werden Ankäufe für die Stiftung Museum Kunstpalast ebenfalls im Kulturausschuss behandelt.

Weitere Themen

- Stadtbüchereien
- Stadtarchiv
- Schenkungen und Erbschaften
- Provenienzforschung und Restitution
- Denkmalschutz/-pflege
- Erinnerungsarbeit und Gedenken, archäologische Arbeiten
- interkommunale Kooperationen
- internationaler Kulturaustausch
- Zusammenarbeit zwischen Stadt und Hochschulen
- Kulturwirtschaft

Hinter diesen Stichworten verbergen sich zum Teil ebenfalls langwierige Debatten um Sanierungen, Standorte oder Konzepte, die zum Teil bis heute geführt werden. Um sie herum ließen sich Erfolgsgeschichten erzählen oder auch Geschichten mit unbefriedigendem Ergebnis. Sie müssten an anderer Stelle erzählt werden, denn die folgende Darstellung konzentriert sich auf diejenigen, die in den Interviews als herausragende Themen genannt wurden.

5 Beobachtungen zu Entscheidungsprozessen

Was ist eine »kulturpolitische Debatte« in einer Stadt beziehungsweise wer führt sie? Kulturpolitik wird – so war der Tenor in den Interviews – im Kulturausschuss diskutiert und in kleinen Kreisen von Entscheidungsträgern aus Politik, Stadtverwaltung und Instituten gestaltet. Weitere Kreise oder gar die allgemeine Öffentlichkeit seien nicht involviert. Die Rolle der Presse wurde als gering eingestuft. Die Recherchen zu den wichtigen und strittigen Themen der letzten zehn bis 20 Jahre bestätigen diese Einschätzung teilweise, zeigen jedoch ein differenzierteres Bild.

Kulturpolitische Akteure und die öffentliche Debatte

Die vorliegende Studie fokussiert auf den Kulturausschuss, seine Debatten und Entscheidungsprozesse. Tatsächlich – das ergibt sich aus der exemplarischen Betrachtung von kulturpolitischen Debatten – wird Kulturpolitik nicht ausschließlich im Kulturausschuss »gemacht«.

Große Teile der Rats- sowie der Ausschuss-Sitzungen sind öffentlich, so dass sie als öffentliche Debatten zu betrachten sind, auch wenn de facto nur ein kleiner Kreis von Bürgern, meistens Kulturakteure, die unmittelbar von den Gegenständen der Verhandlung betroffen sind, daran teilnimmt. Die Geschäftsordnung regelt, für welche Themen der Kulturausschuss Beschlussvorlagen beschließt, die über den Haupt- und Finanzausschuss an den Rat passieren. Für Förderentscheidungen über einzelne künstlerische und kulturelle Vorhaben, Ankäufe, die Annahme von Schenkungen, Preisvergaben und ähnliches stützt sich der Kulturausschuss auf die entsprechenden Beiräte und Jurys.²⁶

Einfluss hat auch Düsseldorfs Bedeutung als Landeshauptstadt. Das Land NRW gestaltet Kulturpolitik mit, sowohl im Rahmen seines finanziellen Beitrags zu Beteiligungsgesellschaften, als auch durch Förderprogramme und landesweite Initiativen. An Debatten und Entscheidungsprozessen ist das Land unmittelbar in Aufsichtsratssitzungen beteiligt, von denen die Öffentlichkeit in der Regel nur aus Presseberichten erfährt.

Zur öffentlichen kulturpolitischen Debatte tragen in Düsseldorf auch die lokalen und regionalen Medien bei. Berichte, Kolumnen und Debattenbeiträge in der Lokalpresse transportieren Meinungen und Stimmungen. Inwiefern sie diese auch beeinflussen, kann im Rahmen dieser Studie nur vermutet (z.B. hinsichtlich der Sanierung des Schauspielhauses), aber nicht belegt werden.

26 Die Protokolle der Beiratssitzungen wurden in der vorliegenden Studie gar nicht, diejenigen des Rates nur in Ausnahmefällen betrachtet. Letztere sind allerdings eine sehr gute Quelle, um Argumentationen und Entscheidungsfindungen nachvollziehbarer zu machen, da die Ratsdebatten wörtlich festgehalten werden.

Hohe Wellen schlugen Äußerungen von kulturpolitischen Entscheidern in öffentlichen Podiumsdiskussionen. Auch dies ist eine Form öffentlicher kulturpolitischer Debatte in Düsseldorf, die aber nicht systematisch organisiert wird. Die Internetrecherche förderte im Untersuchungszeitraum insbesondere Initiativen der Rheinischen Post zutage, aber auch andere Akteure organisieren diese Form der Debatte, gelegentlich auf Anregung oder mit der Unterstützung der Stadtverwaltung.

Die Kultureinrichtungen und ihre Freundeskreise sowie kulturelle Vereine, Künstlerinitiativen und politische Parteien prägen mit Veranstaltungen, offenen Briefen und anderen Verlautbarungen auf ihren Internetseiten die öffentliche Debatte mit. Eine umfassende Untersuchung der kulturpolitischen Debatte in Düsseldorf müsste all diese Diskursformen und weitere berücksichtigen.

Kulturpolitische Entscheidungen und der Kulturausschuss

Aus seiner Untersuchung Düsseldorfer Kulturpolitik in der Nachkriegszeit²⁷ zieht Wolfgang Horn drei Schlüsse, deren Gültigkeit bis heute auch die vorliegende Studie nahelegt. Diese zu bestätigen oder zu widerlegen, bedürfte aber einer weitergehenden Untersuchung mit zusätzlichen Quellen. Horns Ergebnisse, die er unter dem Titel »Kulturpolitik zwischen Autoritäten, Demokratie und Bürokratie« zusammenfasst, sind:

- ein »personenzentriertes Denken und Handeln im Kulturbereich« (Horn 1981: 144), aufgrund dessen sich Institutsleitungen stark mit »ihren« Einrichtungen identifizieren, sich – im Verhältnis zu anderen städtischen Einrichtungen – besondere Handlungsfreiräume erkämpfen (können) und im Gegenzug persönlich für Erfolge wie Misserfolge verantwortlich gemacht werden (ebd.: 144 f.);
- die Düsseldorfer Kulturpolitik sei »stark von kommunalen Spitzenvertretern in Rat und Verwaltung beeinflusst« (Ebd.: 145), Oberstadtdirektor und Oberbürgermeister fällten Entscheidungen ohne Beteiligung des Kulturausschusses und verwahrten sich in einzelnen Fällen gar gegen Interventionen seitens der Kulturpolitik,
- die »gering(e) (...) Kompetenz des Kulturausschusses in Theorie und Praxis« (ebd.), die er insbesondere in Fragen der Personal- und Finanzpolitik eingeschränkt sieht. So beobachtete Horn beispielsweise, dass der Kulturausschuss nur »kleinere Korrekturen an den von der Kulturverwaltung aufgestellten Haushaltsplänen« vornahm, die Verwaltungsvorlagen jedoch im Wesentlichen unangetastet ließ. (Ebd.)

27 Horn betrachtet den Zeitraum zwischen 1945 und 1965.

Kulturpolitische Entscheidungen kommunaler Spitzenvertreter

Über die heutige Düsseldorfer Kulturpolitik – auch wenn sich in den rund 70 Jahren vieles verändert haben dürfte – wird ähnlich gedacht: In Interviews wurde geäußert, die Bedeutung der Kultur in der Stadt(politik) sei stark personenabhängig, das heißt: insbesondere von den Initiativen und der Unterstützung durch kulturaffine Oberbürgermeister, vom Kulturdezernenten sowie den Institutsleitungen. Prinzipiell wird dies in anderen Städten auch so sein und ist nicht zuletzt in der rechtlichen Stellung des Politikbereiches Kultur als freiwillige Aufgabe begründet. Vielfach wurde in der Düsseldorfer Geschichte von gewichtigen Persönlichkeiten allein oder im kleinen Kreis hinter verschlossenen Türen entschieden. In einigen Fällen geschieht dies kraft ihres Amtes und weil die Geschäftsordnung dies vorsieht (z.B. bei der Bestellung der Institutsleitungen). Zuweilen geschieht dies auch, weil noch keine anderen Entscheidungsverfahren festgelegt wurden (z.B. hinsichtlich der Thematik Kunst im öffentlichen Raum).

Die Wege zur Durchsetzung kulturpolitischen Willens sind vielfältig und ebenso sind es die Motive für Entscheidungen: Neben Macht, formalen Vorgaben und politischen Mehrheitsverhältnissen spielen parteipolitisches Kalkül und strategische Überlegungen, politische Überzeugungen sowie der jeweilige Kulturbegriff der entscheidenden Personen eine wichtige Rolle bei kulturpolitischen Weichenstellungen. Großen Einfluss haben die persönliche Durchsetzungs- und Überzeugungskraft, persönliche Netzwerke sowie die vermuteten gesellschaftlichen und Wählererwartungen. Das klingt trivial, ist aber im konkreten Fall so komplex, dass die Motive für kulturpolitische Entscheidungen mit den für diese Studie gewählten Methoden nicht erfasst und somit die Entscheidungsprozesse nicht transparent gemacht werden können.

Kulturpolitische Kompetenzen des Kulturausschusses

Eine interessante Frage, die eine tiefergehende Beachtung verdiente, ist diejenige nach den Kompetenzen des Kulturausschusses »in Theorie und Praxis«. Im Betrachtungszeitraum von 2006 bis 2015 haben Kulturausschussmitglieder immer wieder um ihre Kompetenzen gerungen, insbesondere gegenüber Entscheidungsgremien der Kulturinstitute (Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat). So beantragte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2012, das Thema »Effizienzprüfung Düsseldorfer Kulturinstitute durch externe Sachverständige (ohne Einbindung der verantwortlichen Gremien)« auf die öffentliche Tagesordnung setzen zu lassen. Hierzu hatte die Fraktion kurzfristig am 29.05.2012 den Vorsitzenden angeschrieben. Der Antrag wurde mit 10 Stimmen (8 CDU, 2 FDP) gegen 9 Stimmen (5 SPD, 3 Grüne, 1 Linke) abgelehnt, da die Frist zur Einreichung von Anträgen abgelaufen war. Die SPD-Fraktion bemängelte das Verfahren und verwies auf die Möglichkeit, das Thema trotzdem unter Punkt »Sonstiges« zu behandeln. Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig mit 10 Stimmen (8 CDU, 2 FDP) bei 9 Enthaltungen (5

SPD, 3 Grüne, 1 Linke) genehmigt. Dieses Beispiel zeigt zweierlei: einerseits das Bedürfnis von einigen Kulturpolitikern, an Steuerungsfragen bezüglich der städtischen Kulturinstitute und Beteiligungsgesellschaften beteiligt zu werden, und andererseits die Macht einer (wenn auch dünnen) politischen Mehrheit, Weichenstellungen vorzunehmen. (LHD 41/ 5/2012: 3–4) Dieser zweite Aspekt berührt Fragen der politischen Kultur. Über eine lange Phase des Betrachtungszeitraums hatte die Koalition von CDU und FDP die Mehrheit im Stadtrat, im Kulturausschuss bestand ihre Mehrheit gegenüber der Opposition in dieser Zeit in einer Stimme. So wünschten sich Kulturausschussmitglieder 2009, »dass Anträge der anderen Fraktionen nicht automatisch abgelehnt« würden (LHD 41/ 6/2009: 4). Dies scheint gelegentlich der Fall gewesen zu sein, obwohl in der Sache Einigkeit bestand.

Auch die Kompetenzteilung mit dem Stadtrat und anderen politischen Gremien wurde von Kulturausschussmitgliedern bei einzelnen Anlässen hinterfragt. Denn über gewichtige Fragen debattiert und entscheidet der Rat, gelegentlich auch, ohne dass der Kulturausschuss zuvor sein Votum abgeben kann, beispielsweise bezüglich der Fortführung der »Opernehe« im April 2013. Auch mit der unterirdischen Erweiterung des Museums Kunstpalast, die der Rat 2008 beschlossen hatte, wurde der Kulturausschuss nicht befasst (LHD 41/ 8/2008: 5–6).

Im Kulturausschuss werden Anfragen und Anträge der Politik sowie Vorlagen der Verwaltung behandelt. Letztere lenkt Kulturpolitik mit ihren Vorlagen mit, wie beispielsweise 2013 im Falle des Baus und Betriebs des Ballettprobezentrums in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Auch die Frage nach der Stadtteilkulturarbeit und der Einrichtung eines Runden Tisches Stadtteilkultur wäre von Kulturverwaltungen in Städten, in denen Stadtteilkulturarbeit einen prominenteren Platz einnimmt wie Hannover oder Nürnberg, sicherlich anders beantwortet worden als durch die Düsseldorfer Kulturverwaltung. Weitere Beispiele für die Handlungsspielräume der Kulturverwaltung sind die Verwendung der für die Strukturreform der Museen eingestellten Mittel, die – wie der Kulturausschuss aufgrund mehrerer Nachfragen erfuhr – nur bedingt für diesen Zweck verausgabt wurden, und die Einrichtung einer Gastprofessur an der Robert Schumann Hochschule für den Bereich Populärmusik, über die der Kulturausschuss im Herbst 2013 über eine Vorlage aus der Verwaltung informiert wurde. Auf Nachfrage erläuterte der Kulturdezernent, dass die Stelle aus dem Kulturetat finanziert würde – eine Lösung, die von den Fraktionen von SPD und Grünen missbilligt wurde (LHD 41/ 9/2013: 12–13).

Eine andere Variante politischen Handelns – die mit dieser Studie nicht explizit nachgewiesen werden kann²⁸ –, besteht darin, Themen klein zu reden oder keine Debatte darüber zu führen. Schließlich gibt es auch Beispiele dafür, dass Themen seitens der Verwaltung nicht in dem Maße weiterverfolgt werden, wie im Kulturausschuss intendiert (z.B. im Falle der Strukturreform der Museen und des Masterplans Kulturbauten). Zuweilen geschieht dies auch, obwohl bereits politische Beschlüsse zur Umsetzung vorliegen (z.B. im Falle der Kunstkommission für Kunst im öffentlichen Raum). Diese Studie zeigt, dass einige dieser Themen sehr lange gären, wenngleich die Gründe dafür nicht immer benannt werden können. Generell ist festzuhalten, dass das kulturpolitische Handeln der Kulturausschussmitglieder auf sehr unterschiedlichen Konkrektionsebenen stattfindet, von Einzelentscheidungen, z.B. zur Aufstellung von Kunstwerken, bis hin zu Handlungskonzepten, wie das Konzept für Kulturelle Bildung und der Masterplan Kulturbauten. In Feldern, in denen keine Rahmenkonzepte vorliegen, ist der Kulturausschuss mit zahlreichen Einzelanliegen und Detailfragen befasst. Auch wenn der Kulturausschuss der geeignete Ort für diese konkreten Fragen ist, der mit seinen Debatten Ratsentscheidungen vorbereitet, würde eine stärker konzeptionell geleitete Kulturpolitik sicher helfen, den Diskussionsbedarf über Einzelfälle zu verringern und Schleifen zu vermeiden. In welchen Themenfeldern sich stärker konzeptgeleitetes Handeln anbietet, wird der Kulturentwicklungsprozess zeigen. Darüber hinaus bleibt es eine Daueraufgabe für die Kulturpolitik, den konstruktiven Einsatz ihrer Instrumente zu reflektieren. Dazu gehört auch das politische Instrument der Anfrage. Einerseits können Anfragen Beschlüsse in Erinnerung rufen und dienen somit der Prozessbegleitung, andererseits binden sie oftmals Ressourcen innerhalb der Verwaltung, die für die Umsetzung der Beschlüsse und die weiteren Aufgaben benötigt würden.

28 Da die Protokolle des Kulturausschuss Äußerungen zu Tagesordnungspunkten nicht wörtlich festhalten, ist nicht in jedem Falle eine gesicherte Aussage darüber möglich, ob eine Diskussion stattfand, warum ggf. nicht debattiert wurde, und erst recht nicht, warum eine Initiative einer Fraktion von den anderen oder der Verwaltung nicht aufgegriffen und weiterverfolgt wurde.

Quellenverzeichnis

Literatur und Presse

Bosetti, Annette (5.4.2016): »Museum Kunstpalast steht am Abgrund«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-museum-kunstpalast-steht-am-abgrund-aid-1.5880652>, Zugriff 3.2.2017

Bosetti, Annette (7.10.2014): »Aus für die Quadriennale besiegelt«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/kultur/aus-fuer-die-quadriennale-besiegelt-aid-1.4577742>, Zugriff 3.2.2017

Breitkopf, Thorsten (31.1.2015): »Das ›Lachende D‹ hat sich nicht etabliert«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/das-lachende-d-hat-sich-nicht-etabliert-aid-1.4839079>, Zugriff 1.3.2017

Clemens, Claus (19.1.2016): »Hinter den Kulissen des Theaterbetriebs«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/kultur/hinter-den-kulissen-des-theaterbetriebs-aid-1.5700841>, Zugriff 3.2.2017

Goertz, W./ D. Krings, D./Onkelbach, H. (27.10.2016): »Debatte um Düsseldorfer Schauspielhaus. Kulturdezernent stellt sich hinter Intendanten«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/kultur/kulturdezernent-stellt-sich-hinter-intendanten-aid-1.6353148>, Zugriff 8.2.2017

Horn, Wolfgang (1981): Kulturpolitik in Düsseldorf. Situation und Neubeginn nach 1945, Leske Verlag + Budrich GmbH, Opladen

Huber-Hering, Vita (o.J.): Notizen zur Geschichte der Deutschen Oper am Rhein; Internetseite des Initiativkreises Kultur in Düsseldorf; http://www.kultur-duesseldorf.de/notizen_zur_geschichte_der_deutschen_oper_am_rhein/index_ger.html, Zugriff 8.2.2017

Landeshauptstadt Düsseldorf (2005): Kulturreport 2005. Geschäftsbericht des Kulturdezernats der Landeshauptstadt Düsseldorf

Landeshauptstadt Düsseldorf (2006): Kulturreport 2006. Geschäftsbericht des Kulturdezernats der Landeshauptstadt Düsseldorf

Landeshauptstadt Düsseldorf (2007): Kulturreport 2007. Geschäftsbericht des Kulturdezernats der Landeshauptstadt Düsseldorf

Landeshauptstadt Düsseldorf (2009/2010): Kulturreport 2009/2010. Geschäftsbericht des Kulturdezernats der Landeshauptstadt Düsseldorf

Landeshauptstadt Düsseldorf (2011/2012): Kulturreport 2011/2012. Geschäftsbericht des Kulturdezernats der Landeshauptstadt Düsseldorf

Landeshauptstadt Düsseldorf (2013/2014): Kulturreport 2013/2014. Geschäftsbericht des Kulturdezernats der Landeshauptstadt Düsseldorf

Lieb, Arne (9.9.2014): »Quadriennale: Die nächste letzte Chance«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/quadriennale-die-naechste-letzte-chance-aid-1.4511498>, Zugriff 3.2.2017

Lieb, Arne (10.2.2015): »Das Nachleben der begrabenen Quadriennale«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/kultur/das-nachleben-der-begrabenen-quadriennale-aid-1.4862588>, 3.2.2017

Lieb, Arne (24.3.2015): »Analyse. 78 Millionen Euro für die Kulturbauten«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/78-millionen-euro-fuer-die-kulturbauten-aid-1.4966115>, Zugriff 10.2.2017

Lieb, Arne (7.6.2015): »»Welche Kultur braucht Düsseldorf?« Die Stadt und ihre kulturelle Identität«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/die-stadt-und-ihre-kulturelle-identitaet-aid-1.5144029>, Zugriff 3.2.2017

Lieb, Arne/Ruhnau, Uwe-Jens (6.4.2016): »Firmen geben Millionen für Kultur«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/firmen-geben-millionen-fuer-kultur-aid-1.5883171>, Zugriff 3.2.2017

Lieb, Arne (15.9.2016): »Beigeordnete stoppt Kunstgremium« Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/beigeordnete-stoppt-kunstgremium-aid-1.6259990>, Zugriff 12.2.2017

Lieb, Arne (4.11.2016): »Debatte in Düsseldorf beendet. Das Schauspielhaus wird saniert«, Rheinische Post vom 4.11.2016; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/das-schauspielhaus-wird-saniert-aid-1.6372597>, Zugriff am 8.2.2017

Müller, Bertram (8.8.2014): »Der Quadriennale fehlt das Profil«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/kultur/der-quadriennale-fehlt-das-profil-aid-1.4437341>, Zugriff 6.2.2017

Rheinische Post/anonym (9.10.2006): »Design-Studenten gestalteten Kampagne. Straßenbahnen als Kultur-Botschafter«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/strassenbahnen-als-kultur-botschafter-aid-1.1115234>, Zugriff 28.2.2017

Richters, Denisa (29.3.2016): »Museen sollen näher zusammenrücken«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/museen-sollen-naeher-zusammenruecken-aid-1.5864909>, Zugriff 3.2.2017

Richters, Denisa (27.4.2016): »Wo Düsseldorf sparen könnte«, Rheinische Post; <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/wo-duesseldorf-sparen-koennte-aid-1.5935621>, Zugriff 3.2.2017

zakk/Open Source Festival GmbH (2012): Proberaum-Recherche 2012, https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt41-Zoll/kulturamt/pdf/proberaumrecherche_duesseldorf_2012.pdf, Zugriff 24.2.2017

Anträge von Ratsfraktionen

Bündnis 90/Die Grünen-Ratsfraktion (2006): Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2007, hier: Jugendkulturarbeit für die Sitzung des Kulturausschusses am 26.10.2006, Vorlage Nr. 41/112/2006

CDU-/FDP-Ratsfraktionen (2006): Antrag der Ratsfraktionen der CDU und FDP zu den Haushaltsberatungen 2007 in der Sitzung des Kulturausschusses am 26.10.2006, Vorlage Nr. 41/110/2006

CDU-/FDP-Ratsfraktionen (2013): Die Reform der Düsseldorfer Kulturinstitute: Strukturen verändern – künstlerische Qualität sichern, Antrag der Ratsfraktionen der CDU und FDP zur Sitzung des Rates am 18.4.2013, Vorlage Nr. 01/75/2013

SPD-Ratsfraktion (2006): Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt 2007 zur Sitzung des Kulturausschusses am 26.10.2006, Vorlage Nr. 41/105/2006

SPD-Ratsfraktion (2008): Erstellung eines Masterplans für die Sanierung und Restaurierung der städtischen Kultureinrichtungen, Antrag der SPD-Ratsfraktion zur Sitzung des Kulturausschusses am 23.10.2008, vertagt auf die Sitzung am 27.11.2008, Vorlage Nr. 41/129/2008

Verwaltungsvorlagen und Niederschriften

Landeshauptstadt Düsseldorf (01/ 2/2012): Niederschrift 2/2013 über die Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 15.3.2012

Landeshauptstadt Düsseldorf (01/ 3/2013): Niederschrift 3/2013 über die Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 18.4.2013

Landeshauptstadt Düsseldorf (01/ 5/2015): Niederschrift 5/2015 über die Sitzung des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf am 25.6.2015

Landeshauptstadt Düsseldorf (40/ 64/2012): 3. Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung mit dem Schwerpunkt Kulturelle Bildung, Beschlussvorlage Nr. 40/ 64/2012, vorgelegt in der Sitzung des Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss und Kulturausschuss am 28.8.2012

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 1/2006): Niederschrift 1/2006 über die Sitzung des Kulturausschusses am 19.1.2006

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 2/2006): Niederschrift 2/2006 über die Sitzung des Kulturausschusses am 16.2.2006

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 3/2006): Kulturförderung für junge Menschen in Düsseldorf, Beschlussvorlage Nr. 41/ 3/2006, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 16.2.2006

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 7/2006): Niederschrift 7/2006 über die Sitzung des Kulturausschusses am 26.10.2006

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 8/2006): Niederschrift 8/2006 über die Sitzung des Kulturausschusses am 30.11.2006, Beschlussvorlage Nr. 41/ 8/2006, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 19.1.2006

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 9/2006): Werbung für Kultur auf den Straßenbahnen, Beschlussvorlage Nr. 41/ 6/2006, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 19.1.2006

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 46/2006): Art:card junior Düsseldorf, Beschlussvorlage Nr. 41/ 46/2006, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 1.6.2006

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 48/2006): Anmietung von Flächen für Künstlerateliers, Beschlussvorlage Nr. 41/ 48/2006, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 1.6.2006

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 68/2006): Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in die städtischen Museen, Beschlussvorlage Nr. 41/ 68/2006, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 26.10.2006

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 92/2006): NRW Landesprogramm Kultur und Schule, Beschlussvorlage Nr. 41/ 92/2006, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 26.10.2006

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 133/2006): Art:card Düsseldorf, Ergebnisse der Befragung, Beschlussvorlage Nr. 41/ 133/2006, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 30.11.2006

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 1/2007): Niederschrift 1/2007 über die Sitzung des Kulturausschusses am 18.1.2007

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 3/2007): Niederschrift 3/2007 über die Sitzung des Kulturausschusses am 08.3.2007

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 6/2007): Niederschrift 6/2007 über die Sitzung des Kulturausschusses am 16.8.2007

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 7/2007): Niederschrift 7/2007 über die Sitzung des Kulturausschusses am 17.9.2007

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 8/2007): Niederschrift 8/2007 über die Sitzung des Kulturausschusses am 25.10.2007

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 9/2007): Niederschrift 9/2007 über die Sitzung des Kulturausschusses am 26.11.2007

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 154/2007): »Beirat bildende Kunst (Sitzung 21.11.2007)«, Beschlussvorlage Nr. 41/ 154/2007, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 26.11.2007

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 177/2007): »Kooperationen zwischen Schulen und Kulturinstituten«, Beschlussvorlage Nr. 41/ 177/2007, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 25.10.2007

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 5/2008): Niederschrift 5/2008 über die Sitzung des Kulturausschusses am 8.5.2008

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 8/2008): Niederschrift 8/2008 über die Sitzung des Kulturausschusses am 11.9.2008

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 10/2008): Niederschrift 10/2008 über die Sitzung des Kulturausschusses am 23.10.2008

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 11/2008): Niederschrift 11/2008 über die Sitzung des Kulturausschusses am 27.11.2008

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 1/2009): Niederschrift 1/2009 über die Sitzung des Kulturausschusses am 22.1.2009

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 2/2009): Niederschrift 2/2009 über die Sitzung des Kulturausschusses am 5.3.2009

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 4/2009): Niederschrift 4/2009 über die Sitzung des Kulturausschusses am 12.5.2009

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 5/2009): Konzept der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Förderung der künstlerischen und kulturellen Bildung und Kreativität von Kindern und Jugendlichen (Bericht), Beschlussvorlage Nr. 41/ 5/2009, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 22.1.2009

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 6/2009): Niederschrift 6/2009 über die Sitzung des Kulturausschusses am 10.9.2009

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 7/2009): Niederschrift 7/2009 über die Sitzung des Kulturausschusses am 26.11.2009

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 1/2010): Niederschrift 1/2010 über die Sitzung des Kulturausschusses am 27.1.2010

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 4/2010): Niederschrift 4/2010 über die Sitzung des Kulturausschusses am 28.4.2010

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 5/2010): Niederschrift 5/2010 über die Sitzung des Kulturausschusses am 20.5.2010

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 6/2010): Niederschrift 6/2010 über die gemeinsame Sitzung des Kulturausschusses und des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften am 24.06.2010

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 7/2010): Niederschrift 7/2010 über die Sitzung des Kulturausschusses am 24.6.2010

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 8/2010): Niederschrift 8/2010 über die Sitzung des Kulturausschusses am 9.9.2010

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 10/2010): Niederschrift 10/2010 über die Sitzung des Kulturausschusses am 25.11.2010

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 118/2010): Düsseldorf ist ARTig/Bericht, Beschlussvorlage Nr. 41/ 118/2010, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 7.10.2010

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 132/2010): Befragung von Bands zur Proberaumsituation in Düsseldorf, Beschlussvorlage Nr. 41/ 118/2010, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 25.11.2010

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 1/2011): Niederschrift 1/2011 über die Sitzung des Kulturausschusses am 20.1.2011

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 3/2011): Niederschrift 3/2011 über die Sitzung des Kulturausschusses am 24.2.2011

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 5/2011): Konzept der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Förderung der künstlerischen und kulturellen Bildung und Kreativität von Kindern und Jugendlichen (Bericht), Beschlussvorlage Nr. 41/ 5/2009, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 22.1.2011

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 5/2011): Niederschrift 5/2011 über die Sitzung des Kulturausschusses am 12.5.2011

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 6/2011): Niederschrift 6/2011 über die Sitzung des Kulturausschusses am 30.6.2011

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 7/2011): Niederschrift 7/2011 über die Sitzung des Kulturausschusses am 13.9.2011

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 8/2011): Niederschrift 8/2011 über die Sitzung des Kulturausschusses am 18.10.2011

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 10/2011): Niederschrift 10/2011 über die Sitzung des Kulturausschusses am 1.12.2011

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 162/2011): Neufestsetzung der Eintrittspreise in den städtischen Museen, Beschlussvorlage Nr. 41/ 162/2011, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 1.12.2011

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 165/2011): Bücherschränke, Beschlussvorlage Nr. 41/ 165/2011, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 1.12.2011

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 167/2011): Bandprofessionalisierung 2012, Beschlussvorlage Nr. 41/ 167/2011, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 1.12.2011

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 1/2012): Niederschrift 1/2012 über die Sitzung des Kulturausschusses am 19.1.2012

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 2/2012): Niederschrift 2/2012 über die Sitzung des Kulturausschusses am 1.3.2012

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 4/2012): Niederschrift 4/2012 über die Sitzung des Kulturausschusses am 29.3.2012

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 5/2012): Niederschrift 5/2012 über die Sitzung des Kulturausschusses am 1.6.2012

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 7/2012): Niederschrift 7/2012 über die Sitzung des Kulturausschusses am 21.6.2012

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 9/2012): Niederschrift 9/2012 über die Sitzung des Kulturausschusses am 6.9.2012

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 10/2012): Niederschrift 10/2012 über die Sitzung des Kulturausschusses am 26.9.2012

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 11/2012): Niederschrift 11/2012 über die Sitzung des Kulturausschusses am 15.11.2012

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 2/2013): Niederschrift 2/2013 über die Sitzung des Kulturausschusses am 14.2.2013

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 5/2013): Niederschrift 5/2013 über die Sitzung des Kulturausschusses am 21.3.2013

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 6/2013): Niederschrift 6/2013 über die Sitzung des Kulturausschusses am 15.5.2013

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 7/2013): Niederschrift 7/2013 über die Sitzung des Kulturausschusses am 4.7.2013

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 8/2013): Niederschrift 8/2013 über die Sitzung des Kulturausschusses am 4.9.2013

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 9/2013): Niederschrift 9/2013 über die Sitzung des Kulturausschusses am 17.10.2013

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 10/2013): Niederschrift 10/2013 über die Sitzung des Kulturausschusses am 21.11.2013

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 44/2013): Deutsche Oper am Rhein. Präsentation des Gutachtens von actori, Beschlussvorlage Nr. 41/ 44/2013, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 21.3.2013

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 45/2013): Neubau und Betrieb eines Balletthauses Am Steinberg 35 als Probezentrum für das Ballett der Deutschen Oper am Rhein, Beschlussvorlage Nr. 41/ 45/2013, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 21.3.2013

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 53/2013): Aus der Fülle der Möglichkeiten schöpfen dank einer gemeinsamen Vermarktung der Konzertsäle, Beschlussvorlage Nr. 41/ 53/2013, vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 15.5.2013

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 8/2014): Niederschrift 8/2014 über die Sitzung des Kulturausschusses am 2.10.2014

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 11/2014): Niederschrift 9/2014 über die Sitzung des Kulturausschusses am 13.11.2014

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 5/2015): Niederschrift 5/2015 über die Sitzung des Kulturausschusses am 05.05.2015

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 6/2015): Niederschrift 6/2015 über die Sitzung des Kulturausschusses am 18.06.2015

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 9/2015): Niederschrift 9/2015 über die Sitzung des Kulturausschusses am 22.10.2015

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 10/2015): Niederschrift 10/2015 über die Sitzung des Kulturausschusses am 19.11.2015

Landeshauptstadt Düsseldorf (41/ 116/2016-1): Sanierung des Düsseldorfer Schauspielhauses am Gustaf-Gründgens-Platz, Beschlussvorlage Nr. 41/ 116/2016-1), vorgelegt in der Sitzung des Kulturausschusses am 3.11.2016